Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis bei Haus monatlich 21,50 Mk. Durch die Post monatl. 21,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Herrenfeldstr. 14 Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—6 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 160 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1 Mark | **Freitag, den 19. Mai 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 116**

Die Kerkerschande der Republik

Die politischen Gefangenen der Lichtenburg gegen den Amnestieschwindel

Aus der Strafanstalt Lichtenburg geht uns folgender Brief zu, der für sich spricht:

Am 10. Mai stand in der „Berliner Volkszeitung" folgende Notiz: Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte auf eine Anfrage der kommunistischen Fraktion der preußische Ministerpräsident Dr. Braun:

„Die Angriffe und Beschuldigungen gegen den Reichsjustizminister Radbruch entbehren jedweder Grundlage, ebenso die, daß er **in der Amnestiefrage für die politischen Gefangenen vom März 1921 wortbrüchig geworden sei.**"

Wir stellen hiermit fest, daß die Aeußerungen des preußischen Ministerpräsidenten auf einem gewaltigen Irrtum beruhen müssen. Er macht sich ja dadurch nur zum Schutzengel für seinen Parteifreund Radbruch. Nach seinen Auslassungen sollen bereits 2509 politische Gefangene vom März 1921 bedingt begnadigt worden sein und sich nur noch 200 politische Gefangene hinter Kerkermauern befinden. Diese Angaben entsprechen nicht der Wahrheit. Wir sind anderer Ansicht, denn

in der Strafanstalt Lichtenburg befinden sich noch allein über 100 politische Gefangene.

Außerdem die anderen Anstalten **Brieg, Jauer, Sonnenburg, Halle, Torgau, Münster, Kassel** und **Brandenburg.** Die Zahl der sich dort noch befindlichen politischen Gefangenen beträgt unserem Ermessen nach auf über 2000. Herr Braun hat wohl irrtümlicherweise die dritte Null vergessen, um sich nicht den Haß seiner eigenen Parteifreunde resp. des gesamten Proletariats zuzuziehen? Wir hinter den Kerkermauern empfehlen Herrn Braun, wenn er vom Reichsjustizministerium nicht mit guten Zahlen verseben wird, dann möge er sich an die Zentrale der USPD. und KPD. wenden. Dort liegt das richtige Zahlenmaterial vor über die noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen vom März 1921.

Wir legen uns die gebrauchte Redewendung des Herrn Braun dahin aus, daß er **dem Proletariat nur Sand in die Augen streuen** will, damit der Gedanke bei diesem Raum fassen soll: Es sind keine politischen Gefangenen mehr vom März 1921 hinter Kerkermauern. Demgegenüber bleiben wir bei unserer Feststellung. Unsere Aufgabe ist es nicht, das **Beruhigungspulver** des Herrn Braun in alle Winde zu streuen. Wir würden es vielmehr begrüßen, wenn seine Angaben auf Wahrheit beruhten. Ebenfalls würden wir uns freuen, wenn wir nach den Worten, die sich die leitenden Männer der freien deutschen Republik auf ihr Banner geschrieben haben: **„Der Demokratie! Gleiches Recht für alle!"** behandelt würden. Geschrieben haben diese Persönlichkeiten wohl diese Worte auf ihre Fahne, doch setzen sie dieselben nicht in die Tat um. Sie können sich ja nicht einmal in das Seelenleben eines politischen Gefangenen hineindenken. Sie leben im trauten Familienkreise, während **unsere Frauen und Kinder im tiefsten Elend dahinvegetieren.** Wie es unseren Frauen zu Mute ist, wenn das Auge des Kindes vergeblich nach dem Vater sucht und nun schon über ein ganzes Jahr die Familie ihren Ernährer entbehrt?

Sie, die Herren Braun, Radbruch, Ebert usw., viele, die nicht in den Reihen des Proletariats gestanden haben, die einst das Sämenkorn des Sozialismus in unsere Herzen gepflanzt haben in einer Zeit, wo sie noch nicht auf den Ministersesseln gesessen haben, gehen **jetzt mit einer Brutalität zu Werke,** um nun auch die aufkeimende Saat ihres früheren Wirkens zu vernichten. Sie handeln nicht nach dem Grundsatz: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", sondern nach dem Grundsatz: **„Willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein."** Das zeigt diese Helden des Sozialismus im schönsten Lichte. Durch unsere Gefangenhaltung bezeugen diese Herren, wie sie gewillt sind, den Sozialismus in die Tat umzusetzen. Wir rufen Euch deshalb die Worte des Genossen Bebel zu: „Arbeiter, seht Euch Eure Führer an!"

Von Euch, Arbeitsgenossen und -Genossinnen, verlangen wir nur, daß Ihr nun endlich einmal erwacht, und dem Elend Eurer gefangenen Brüder ein Ende macht. **Wir fordern Euch auf, daß Ihr diese Gesellschaft mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln dazu zwingt, uns Euch und unseren Familien wiederzugeben, daß Ihr gewillt seid, den Frieden auch für uns am Friedensfest zu erringen.**

Die politischen Gefangenen der Strafanstalt Lichtenburg.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre

Moskau, 17. Mai.

Der Beginn des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre ist auf den 25. Mai festgesetzt worden. Der bevorstehende Prozeß wird mit großer Spannung erwartet und von der Sowjet-Presse schon jetzt in langen Artikeln, in der „Prawda" von Trotzki, behandelt. Als Verteidiger der Angeklagten werden eine Anzahl bekannter Sozialisten aus allen Ländern erwartet, darunter Paul Boncourt (Frankreich), Modigliani (Italien), Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht (Deutschland), Wauters (Belgien), Oudegeest (Holland) und die Russen Suchomlin, Kobjakow und Gurewitsch. Ihnen werden, was nach russischem Gesetz zulässig ist, bekannte kommunistische Führer, Bucharin, Lunatscharski und Krylenko als Ankläger entgegentreten. Als Zeugen sollen auch ehemalige Mitglieder der französischen Militärmission in Petersburg vernommen werden, die sich nach den Mitteilungen der Sowjetpresse bereit erklärt haben, Aussagen über die Verbindung zwischen den Angeklagten und Ententeagenten, von denen sie Geld, Waffen und Sprengstoffe erhalten haben sollen, zu machen.

Verdoppelung des Brotpreises

Der Landbund läuft Sturm gegen die Getreideumlage. Die Regierung befindet sich im vollen Rückzug und wird alle Forderungen der Junker auf Kosten der Arbeiterschaft bewilligen. Was das bedeutet, zeigt folgende Meldung der VS.-Korrespondenz:

Im Kuratorium der Reichsgetreidestelle fand am gestrigen Donnerstag eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Mühlenindustrie und der „Verbraucher" statt, in der der Referentenentwurf der Reichsgetreidestelle über die Getreideordnung im neuen Erntejahr besprochen wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Getreideumlage als solche bestehen bleiben, doch soll die Landwirtschaft bei der Aufbringung und Verteilung des Getreides in stärkerem Maße als bisher herangezogen werden, um gewisse Unstimmigkeiten, die sich zwischen den Kommunalverbänden und den Produzenten in diesem Jahr ergeben haben, zu vermeiden. Es soll bei der Erfassung und Festsetzung der abzuliefernden Mengen mehr als bisher auf die Erntegsmöglichkeit und die Qualität des Bodens Rücksicht genommen werden, auch soll bei der Selbstversorgung die Stärke der Familien und des Personals maßgebend sein. Die Preise für Getreide dürften sich nicht unwesentlich erhöhen, da die Reichsgetreidestelle, wie dies schon jetzt geschieht, auch im kommenden Erntejahr zwischen dem Auslands- und dem Inlandsgetreidepreis das Mittel ziehen will. Man rechnet daher zum Herbst mit einer Verdoppelung der jetzt geltenden Brotpreise.

Diese Einschränkung der Getreideumlage hält sie praktisch auf. Der Willkür der Junker wird freie Bahn gelassen. Wenn heute der Brotpreis für den Herbst auf dreißig Mark angegeben wird, was eine ungeheure Verteuerung der Lebenshaltungskosten bedeutet, so kann die Arbeiterschaft sicher sein, daß der Preis im weiteren Verlauf noch viel höher werden wird.

Die Antwort der Arbeiterschaft kann nur der Kampf um die Kontrolle der Lebensmittelbewirtschaftung sein.

Freie Zuckereinfuhr ...

Die Freigabe des Zuckers hat dazu geführt, daß der Zucker zeitweise überhaupt vom Markte verschwunden ist und jetzt zu den unerhörtesten Preisen in ganz kleinen Mengen nach stundenlangem Warten zu kaufen ist. Der Reichswirtschaftsrat hat sich mit der Zuckerfrage beschäftigt. Das Ergebnis dieser Beschäftigung ist gleich Null. Man will jetzt die Zuckereinfuhr freigeben, da der Zucker im Inland „nicht mehr erfaßt werden kann".

Eine Verbilligung des Zuckers ist dabei nicht zu erhoffen, da der ausländische Zucker etwa zwanzig Mark pro Pfund kosten wird. Die Freigabe der Einfuhr wird den Erfolg haben, daß der Zucker dort, wo er bisher noch etwas billiger war, zu dem gleichen Preis verkauft werden wird.

Der Orgeschrummel im Geiseltal

hat der kommunistischen Landtagsfraktion Veranlassung gegeben, die nachfolgende kleine Anfrage zu stellen:

Die in Neumark (Kreis Merseburg) unter dem Namen eines Schießklubs bestehende Orgeschorganisation beging vom 14. bis 17. Mai ein Fest. Trotzdem von beabsichtigten Versuchen zur Störung der Veranstaltung oder von Gegendemonstrationen nicht das mindeste bekannt war, wurde zum Schutze des Schießklubfestes bewaffnete Schutzpolizei aus Merseburg nach Neumark beordert.

Ein Teil dieser Beamten trat gegen die Arbeiterschaft, die sich völlig ruhig verhielt, provozierend auf. Einer sagte: „Wenn eine Gegendemonstration gekommen wäre, hätte es gehagelt!" Beamte der Landjägerei Neumark beteiligten sich ebenfalls an dem Feste und verkauften Munition zum Schießen.

Ist dem Staatsministerium dieser Sachverhalt bekannt?

Hat das Staatsministerium Kenntnis davon, daß der Amtssekretär Julich (Neumark) jene, die friedliche Bevölkerung provozierende Schutzpolizei angefordert hat?

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um solche Maßnahmen von Amtspersonen, insbesondere die überflüssige, Unruhe stiftende Verwendung von Schutzpolizei zugunsten einer verfassungsfeindlichen Organisation, zukünftig zu unterbinden?

Nach Genua

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Vorwärts" erklärt, daß bereits am Montagvormittag das Reichskabinett zusammentreten soll, um einen Bericht des Reichskanzlers entgegenzunehmen. Wahrscheinlich werden auch die Parteiführer zu dieser Sitzung hinzugezogen. Am Dienstag, soll der auswärtige Ausschuß zusammentreten und für Mittwoch und Freitag erwartet man eine große Rede Wirths im Reichstag.

Friedrich Adlers Aktion gegen die Einheitsfront

Ein Briefwechsel

Am 8. Mai wandte sich die Genossin Klara Zetkin im Auftrage der Delegation der KJ. an Fritz Adler mit einem Briefe, der drei Punkte enthielt. Erstens wurden die Verteidiger angegeben, die die Sowjetregierung zum Prozeß der sozialrevolutionäre zulassen will. Zweitens stellte Genossin Zetkin fest, daß die deutschen Behörden, insbesondere der sozialdemokratische Innenminister Severing, den Genossen Karl Radek in seiner Bewegungsfreiheit mit allen möglichen Schikanen behindert. Drittens endlich gab die Genossin Zetkin an, daß der Sekretär der Delegation der KJ., Felix Wolff, von der deutschen Justiz, die dem Sozialdemokraten Radbruch untersteht, steckbrieflich verfolgt wird. Aus alledem zog Genossin Zetkin den Schluß, daß die Arbeit der Delegation der KJ. hier, wo die Vertreter der Internationale Nr. 2 als Minister der deutschen Republik sehr wohl die Möglichkeit hätten, alle Vorbedingungen für ein ungestörtes Arbeiten zu schaffen, unnötig erschwert, wenn nicht gar sabotiert wird und regt infolgedessen an, entweder die genannten Mißstände zu beseitigen oder aber den Konferenzort zu verlegen.

Auf diesen Brief antwortete am 14. Mai Fritz Adler in einem längeren Schreiben. Bevor wir auf den Inhalt dieses Schreibens eingehen, stellen wir fest, daß Punkt 2 und 3 des Briefes der Genossin Zetkin von Fritz Adler überhaupt nicht berührt werden. Das Schreiben beschäftigt sich ausschließlich mit der sogenannten Frage der Sozialrevolutionäre. Dazu kommt, daß die „Freiheit", das Zentralorgan der USPD., einer der noch stärksten Parteien der Wiener Internationale, die ganze Seite, auf der sie den Brief Adlers abdruckt, in großer Aufmachung ausschließlich der Frage der Sozialrevolutionäre widmet.

Nochmals die Sozialrevolutionäre

Die Liebe der Wiener Internationale und der Internationale Nr. 2 zu den Sozialrevolutionären hat sich auf der Berliner Konferenz genügend ausgetobt. Da das heiße Eintreten der beiden menschewistischen Internationalen für diese Gruppe von „Sozialisten" bei ungenügend aufgeklärten Leuten den Eindruck erwecken könnte, als handle es sich wirklich um Sozialisten, so sei an dieser Stelle nochmals und mit allem Nachdruck festgestellt, daß die Partei der Sozialisten-Revolutionäre weder eine einheitliche Partei vorstellt (sie ist vielmehr in zwei Teile gespalten, die sogenannten linken und die rechten SR.), noch einer der drei Internationalen angeschlossen, noch auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern ihrer Theorie nach, ihrer ganzen Ideologie nach, erst recht ihrer praktischen Taktik nach eine bürgerlich-revolutionäre, kleinbürgerliche Partei so lange vorstellte, bis die proletarische Diktatur in Rußland aufgerichtet wurde. Von diesem Moment an haben die rechten Sozialrevolutionäre fortwährend aktiv gegen die Sowjetmacht gekämpft. Sie haben nicht nur fast alle weißgardistischen Unternehmen nach Kräften unterstützt, sondern sie haben auch innerhalb Rußlands sowohl durch organisierte Aufstände, wie durch gewöhnliche Räuberunternehmen, wie schließlich durch individualistische Terrorakte nach Kräften die Regierung des Proletariats zu stürzen gesucht. Die linken Sozialrevolutionäre haben nicht einmal diese konsequente Haltung aufgebracht. Sie haben bald mit allen Mitteln gegen die Sowjetregierung gekämpft (Attentate, Expropriationen, Aufstände), bald haben sie in pompösen Deklarationen ihre Unterstützung für die Diktatur des Proletariats zugesagt. Sie stellen und stellten ein zerrissenes, uneiniges Gebilde vor, und ihr Treiben aus „durchweg revolutionären Motiven" zu erklären, wie dies Fritz Adler tut, ist auf keinen Fall möglich und bedeutet pure Heuchelei., **Nachdem das Proletariat in Rußland die Macht ergriffen und organisiert hatte, war jeder Angriff gegen die Regierung des Proletariats ein konterrevolutionärer Angriff.**

Der Arbeiter-Weltkongreß

Aber Fritz Adler ist ein geschickter Saboteur. Hatte er schon in einem langen Artikel, der seinerzeit in der „Freiheit" abgedruckt wurde, ein Lamento darüber angestimmt, daß die 2. Internationale die in Berlin beschlossene Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses sabotierte, und nach diesem schwächlichen und wehleidigen Lamento heftige und heuchlerische Angriffe auf die KJ. gemacht, so wiederholt er in seinem Antwortschreiben dieselbe Methode und bringt als Grund für die „Schwierigkeiten, die sich der Ermöglichung eines internationalen Arbeiterkongresses entgegenstellen", die weder nachzuprüfen noch wahren Behauptungen einer „neuerlichen Verfolgung von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) und der linken Sozialrevolutionäre".

Wir wollen an dieser Stelle nicht in eine Prüfung der Angaben Adlers eintreten, sondern drehen mit ruhigem Gewissen den Spieß um.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0001

Wo bleibt die Amnestie in Deutschland?

Fritz Adler, mit ihm die Seinen, die gesamte Internationale des Herrn Vandervelde behaupten tagtäglich, daß die Bolschewiki Lügner, Heuchler und Despoten sind. **Was haben sie, die edlen, gerechten, folgerichtigen Sozialisten der menschewistischen Internationale zwischen der Berliner Konferenz und dem jetzigen Zeitpunkt getan, um in den Ländern, wo „sie" Einfluß haben oder gar Minister sind, zur Milderung der Weißen Terrorakte einer entmenschten Klassenjustiz auch nur das Geringste beizutragen?** Ist Herrn Fritz Adler unbekannt, daß Max Hölz, der bestimmt ein Revolutionär und Kämpfer war, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist und unter der Justizverwaltung des Herrn Radbruch schikaniert wird?

Was hat Vandervelde, was hat Fritz Adler, was die Unabhängige Partei getan, um die zahlreichen Arbeiter, die auf Grund von Spitzeldenunziationen von feilen Richtern der Ebert-Republik (Ebert gehört der Internationale 2 an), unter dem Reichsjustizminister Radbruch (Radbruch gehört der SPD. an), im Bereich des preußischen Innenministers Severing (Severing ist eine Stütze des „Sozialismus") zu Zuchthaus, zu Gefängnis verurteilt worden sind — was haben, fragen wir, diese Paradesozialisten zu deren Befreiung getan?

Hat sich die Internationale 2½ gerührt, als Radbruch, Severing, Ebert den italienischen Revolutionär **Boldrini**, als sie die spanischen Revolutionäre **Fort und Conception** auslieferten?

Was sagen unsere famosen Vorkämpfer der Gerechtigkeit dazu, daß **Radbruch**, der eine Amnestie für die revolutionären Kämpfer schon vor sechs oder acht Monaten versprochen hat, ganz ruhig erklären kann: er habe **noch Zeit und würde erst die einzelnen Fälle „nachprüfen", d. h. reaktionären wilhelminischen Geheimräten zur „Rückäußerung" übergeben?**

Solange wir keine klare Antwort auf diese Fragen, die wir beliebig vermehren können, erhalten haben, müssen wir das Geschrei der Ritter von der himmelblauen Gerechtigkeit als eitel Heuchelei brandmarken und festnageln als einen Versuch, **die sich bildende Einheitsfront der Arbeiter nach Möglichkeit von den Kommunisten zu isolieren, d. h. eine Einheitsfront der SPD.- und USPD.-Internationalen zu bilden.**

Die nächsten Aufgaben der Neunerkommission

Doch die 2½. Internationale wird, getreu ihrem Wesen und ihrer Vergangenheit, niemals offen sagen, was sie will. (Schon deshalb, weil sie es nicht weiß.)

Nun soll die **Neunerkommission** endlich doch in der nächsten Zeit zusammentreten, soll ihre Tagung einen Sinn haben, so müssen alle Arbeiter schon heute wissen, was sie von ihr zu verlangen haben.

Sie haben von ihr zu verlangen, daß sie sich nicht beschäftigt mit theoretischen und sentimentalen Untersuchungen über die angeblichen Verfolgungen angeblicher Sozialisten in Rußland, daß sie nicht wieder lange Diskussionen über die angebliche Vergewaltigung Georgiens aufführt, sondern daß sie schnell und präzise alle Vorbereitungsarbeiten für die **in Berlin beschlossene Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses erledigt, daß sie die Tagesordnung des Kongresses festsetzt, daß sie die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mobilisiert für den Kampf gegen das Kapital, daß sie in den Ländern der Weißen Justiz alle verfügbaren Kräfte gegen die bürgerliche Unterdrückung einsetzt** (Amnestie in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in England, in Belgien), **daß sie ihrem geliebten Selbstbestimmungsrecht wenigstens propagandistische Geltung zu verschaffen sucht in den imperialistischen Sklavenhalterländern, daß sie den Kampf gegen den Versailler Schandvertrag aufnimmt, daß sie die aktive Unterstützung Sowjet-Rußlands auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in einem klaren ausführlichen Plane festlegt und ins Leben ruft, nicht aber den Weißen des Kapitalismus Rußland zum Fraße überläßt.**

Mit diesen Aufgaben hat die Neunerkommission mehr zu tun, als mit dem Lamento und der bewußten oder unbewußten Sabotage der Vandervelde und Fritz Adler. Und will sie diese Aufgaben nicht angreifen, so mag sie verrecken. Kein Arbeiter wird ihr dann eine Träne nachweinen, aber jeder Arbeiter **wird von denen, die das Werk der Einigung sabotieren, Rechenschaft fordern.** Werden die Vertreter der 2. und 2½. Internationale die Arbeiterschaft provozieren, so tragen sie nicht nur die Verantwortung moralisch für die Folgen, sondern sie werden **von den Angehörigen ihrer eigenen Organisationen bestimmt hinweggefegt werden wie faule Spreu.**

Das Ringen um die Einheitsfront in Sachsen

Um bei der proletarischen Abwehr des bürgerlichen Angriffs auf die sächsische sozialistische Regierung ein positiv gerichtetes, einigendes Programm zu haben, wurde von den Kommunisten Sachsens eine Reihe konkreter Forderungen formuliert, die als die einfachsten des gesamten Proletariats angesehen werden dürfen. Sie besagen:

1. **Sofortiger Erlaß einer Amnestie für politische und aus Not begangene Verschen und Verbrechen und solcher gegen die Paragraphen 43, 218 und 22 des Strafgesetzbuches.**
2. **Verbot der Einsetzung der Technischen Nothilfe in Sachsen.**
3. **Schleunige, schon im Etat vorzusehende Entmilitarisierung der Polizei. (Aufhebung der Kasernierung, des Exerzierens in geschlossenen Verbänden, Abschaffung der schweren Bewaffnung)**
4. **Den von den freigewerkschaftlichen Betriebszentralen einzuberufenden Vollversammlungen der Betriebsräte die für die proletarischen Interessen wichtigen Gesetze zur Stellungnahme vorzulegen.**

Diese Forderungen der Kommunisten wurden zum erstenmal in der gemeinsamen Sitzung der drei Arbeiterparteien am 25. April, in der die gemeinsame Abwehr des reaktionären Angriffs beschlossen wurde, vorgetragen. Am 11. Mai erließ die kommunistische Fraktion im Landtag eine Erklärung, die erneut diese Forderungen öffentlich der gesamten Arbeiterschaft bekanntgab. Auch in einem Aufruf der Kommunistischen Partei Sachsens und der sächsischen kommunistischen Landtagsfraktion wurde dieses Mindestprogramm dem Proletariat unterbreitet.

Trotz der wiederholten Aufforderung haben die sozialdemokratischen Parteien und die Regierung sich noch nicht erklärt, ob und in welcher Weise sie für die Forderungen einstehen oder welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, um sie durchzuführen. Die sozialdemokratischen Parteien wagen es nicht einmal, die konkreten Forderungen der Kommunisten durch ihre Presse bekanntzugeben. Sie spielen sich zwar immer als Schützer der proletarischen Einheit auf, in Wirklichkeit ist aber zu ersehen, daß sie systematisch die auf Grund der kommunistischen Forderungen mögliche **Einheitsfront sabotieren.**

Bismarck, Hindenburg und Legien

Wilhelmshaven, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend, dem 20. Mai, findet hier der Stapellauf eines weiteren Dampfers der Hugo-Stinnes-Linie statt, der nach Bismarck und Hindenburg den Namen Karl Legien erhalten wird. Reichspräsident Ebert wird dem Stapellauf beiwohnen.

Generalstreik in Prag

Solidaritätsaktion für die Metallarbeiter

DA. Prag, 18. Mai.

Der Metallarbeiterstreik in der Tschechoslowakei ist nach einer Dauer von zwei Wochen in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Arbeiterschaft von Prag und Umgebung hat beschlossen, für die Metallarbeiter einen allgemeinen Sympathiestreik zu veranstalten. Dieser Prager Streik wird heute Mitternacht beginnen und 24 Stunden dauern. Morgen bleibt Prag ohne Zeitungen. Vom Streik ausgeschlossen sind allein die lebenswichtigen und humanitären Betriebe. Inzwischen werden die Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks weiter geführt.

*

Der Kampf der tschechischen Metallarbeiter richtet sich gegen einen von den Unternehmern geplanten Lohnabbau von 15 bis 60 Prozent. Die Unternehmer erklären zu dieser Maßnahme infolge des hohen Valutastandes der tschechischen Krone gezwungen zu sein. Genau wie die englischen, dänischen und französischen Unternehmer wollen sie mit dieser Maßnahme der deutschen Schleuderkonkurrenz begegnen. Die deutschen Unternehmer dagegen wollen ihren Vorsprung durch Niederhaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit aufrecht erhalten. So treibt eine kapitalistengruppe die andere, und das Endergebnis muß die weitere Verelendung des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern sein. Der Zusammenhang zwischen den tschechoslowakischen und dem süddeutschen Metallarbeiterstreik ist in die Augen springend. Ein Sieg der süddeutschen Arbeiterschaft würde bedeuten einen Erfolg für die tschechischen Metallarbeiter und umgekehrt. Aus diesem Grund ist auch für die deutsche Arbeiterschaft das Eingreifen der Prager Gesamtarbeiterschaft in den Metallarbeiterstreik von großem Vorteil. **Aber genau so, wie ihre tschechischen Klassengenossen müssen auch in Süddeutschland sämtliche Arbeiterkategorien in den Kampf eingreifen.** Das liegt nicht nur in ihrem und im Interesse der süddeutschen Metallarbeiter, sondern auch im Interesse des gesamten Internationalen Proletariats. Leider versagt hier die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vollkommen. Um so stürmischer müssen die Arbeiter die proletarische Einheitsfront auf nationalem wie internationalem Gebiet fordern. Der **Weltarbeiterkongreß** ist hierzu ein Mittel, um diese Einheitsfront gegen das Kapital herzustellen.

Genua

Ein Ueberblick über die Verhandlungen mit den Russen

Genua, 18. Mai. Der Bericht, den Schanzer heute der ersten Kommission unterbreitete, gibt einen Ueberblick über die verschiedenen Stadien, die die russische Frage bei ihrer Behandlung durch die Unterkommission durchlaufen hat. Bei Ueberreichung des russischen Sachverständigenprojektes wurde zunächst eine nichtöffentliche Beratung abgehalten, in der versucht wurde, die Probleme zu lösen, die sich auf die Liquidation der Vergangenheit beziehen. Ein kurzes Dokument, das die Grundsätze für die Regelung der Schuld- und der Eigentumsfrage enthielt, wurde am 15. April fertiggestellt und den Russen übersandt, die darauf mit ihrer Note vom 20. antworteten. Hierauf wurde ein Spezialausschuß von Sachverständigen gebildet, um auf der Grundlage der russischen Note vom 20. April die Erörterung fortzusetzen. Damit begann die zweite Periode der Erörterungen. In den vom 22. bis 24. April abgehaltenen Sitzungen zeigte sich aber, daß die Standpunkte beider Teile doch beträchtlich von einander entfernt waren. Nachdem dann am 24. April die russischen Sachverständigen ein Dokument überreicht hatten, worin sie noch einige Bemerkungen über die unerläßlichen Vorbedingungen der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit in Rußland machten, erfolgte die Absendung des Memorandums vom 2. Mai. Die Antwort Tschitscherins vom 11. Mai wurde als unannehmbar angesehen, indessen wurde der Gedanke der Einberufung von Sachverständigenkommissionen zur Fortsetzung der Genueser Besprechungen, den Tschitscherin vorgebracht hatte, aufgenommen; es führte zu den jüngst getroffenen Abmachungen.

Der Bericht schließt: Der Präsident der Genueser Konferenz wird entsprechend dem von der Unterkommission erhaltenen Mandat die Länder, die nach Genua berufen worden waren, zu der Zusammenkunft im Haag einladen. Er hat bereits die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von der getroffenen Entscheidung benachrichtigt und den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die Vereinigten Staaten an der Zusammenkunft im Haag teilnehmen möchten. Leider hat die Regierung von Washington nicht geglaubt, augenblicklich die Einladung zur Teilnahme an den Arbeiten im Haag annehmen zu können. Wir sind alle überzeugt von dem hervorragenden Interesse, das eine Lösung des russischen Problems in der kürzestmöglichen Zeit hat. Zu diesem Zwecke werden die Sachverständigenkommissionen am 26. Juni zusammentreten und aus demselben Grunde hat man für ihre Arbeiten eine Höchstgrenze von drei Monaten festgesetzt. Die Unterkommission hat auch in das Dokument, das die Bildung der Haager Kommission bespricht und ihre Probleme aufstellt, den Burgfriedenspakt zwischen Rußland und den anderen Mächten, die den Vorschlag annehmen, aufgenommen.

*

Die Schlußsitzung

Genua, 19. Mai. Die heutige Schlußsitzung der Konferenz umfaßt folgende Punkte: 1. Genehmigung des Protokolls der zweiten Plenarsitzung der Konferenz. 2. Einbringung der Beratungen der dritten Kommission (Wirtschaftsfragen). 3. Einbringung der Beratungen der ersten Kommission. 4. Einbringung des Berichts der Kommission zur Prüfung der Vollmachten. 5. Einbringung eines Entwurfes bezüglich der Sanitätskonferenz von Warschau. 6. Einbringung eines Entwurfes, betreffend die Arbeit des Roten Kreuzes in Friedenszeiten. 7. Schlußreden.

Der Burgfriedenspakt wird „respektiert", aber nicht unterzeichnet

Genua, 18. Mai. Ueber die Vormittagssitzung der ersten Kommission verlautet, daß der Burgfriedenspakt nicht unterzeichnet, sondern nur in der Form einer Resolution angenommen wurde. Jeder Staat verpflichtet sich darin, den Pakt zu respektieren.

Also, ein Fetzen Papier.

*

Die Russen beantragten, daß der Pakt auch gegen die Banden schützen müsse. Die Polen und Rumänen gaben beruhigende Zusicherungen ab und wiesen darauf hin, daß die Gefahr in dieser Beziehung von russischer Seite größer sei als von ihrer Seite (!). Dennoch wurde beschlossen, die Bestimmungen des Paktes im weitestgehendem Sinne auszulegen. Mit dieser Erklärung beruhigten sich die Russen. Endlich wurde beschlossen, in den Gottesfrieden auch die mit Rußland verbündeten Sowjetrepubliken Weißrußland, Ukraine, fernöstliche Republik und die drei kaukasischen Republiken einzubeziehen. Schanzer erklärte, daß der Friedenspakt in keiner Weise der Frage der de jures-Anerkennung der Sowjetrepubliken präjudiziere. Motta machte den Vorschlag, die Dauer des Friedenspaktes von drei Monaten auf ein Jahr zu verlängern. Schanzer verlangte einen Friedenspakt von unbegrenzter Dauer. Schließlich wurde bestimmt, daß der Gottesfriede bis auf die Dauer von vier Monaten nach Schluß der Kommissionsarbeiten ausgedehnt werden solle, so daß er im ganzen also sieben Monate umfassen kann.

Kommunistische absolute Mehrheit. Die Wahlen der Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß im nördlichen rheinisch-westfälischen Industriegebiet brachten an Delegierten 6 Kommunisten, wovon 4 angefochten werden, 5 Sozialdemokraten und 3 Unabhängige. An diesem Resultat sind beteiligt: Bochum 1 Kommunist, Dortmund 2 Sozialisten, Duisburg 1 Unabhängiger, Düsseldorf 3 Kommunisten, Essen 2 Kommunisten und 1 Unabhängiger, Gelsenkirchen 1 Unabhängiger, Dorsten, Hattingen, Herne und Witten 1 Sozialdemokrat, Hamm und Hörde 1 Sozialdemokrat, Mülheim und Oberhausen 1 Sozialdemokrat. Die Wahlen in Bochum und Düsseldorf werden angefochten. Im südlichen Bezirk siegte die kommunistische Liste in den Verwaltungsstellen Solingen, Remscheid, Elberfeld-Barmen und Velbert. In Hagen wurde die unabhängige Liste gewählt. Die Kommunisten sind danach in Rheinland-Westfalen in der absoluten Mehrheit. Wenn die Stimmenergebnisse verglichen werden, haben sie mehr Stimmen auf sich vereinigt als SPD. und USPD. zusammen. Das ist die Antwort auf das Gerede vom Zusammenbruch der KPD. und dem verschwundenen Vertrauen der Arbeiterschaft.

Ende der Bergbaudebatte

Husemann rühmt sich, den Dortmunder Streik abgewürgt zu haben!

Der Preußische Landtag führte am Donnerstag die Erörterung über den Haushalt der Bergverwaltung zu Ende.

Genosse Rogg:

Wenn die Betriebsräte sich so betätigen sollten, wie es die Unternehmer vorschreiben, dann würden sie nichts anderes sein, als Antreiber der Arbeiterschaft und Beamten im Dienste des Unternehmertums, die ihm nichts kosten. Die Drohung des Abgeordneten Dr. Pinkerneil, daß die Zechenbesitzer es in der Hand hätten, jederzeit die Arbeiterschaft auszusperren, daß es allein von ihrem guten Willen abhängt, ob die Arbeiterschaft ihr Leben fristen kann oder nicht, diese Anmaßung wird das Proletariat zu beachten haben. Das Kapital soll nur einmal von dieser Drohung Gebrauch machen, **dann wird die Arbeiterschaft beweisen, daß es eine Fortführung der Wirtschaft: auch ohne Kuponabschneider, Dividendenschnitzler und andere Nichtstuer gibt.** (Sehr richtig! links.)

Genosse Rogg forderte die Beseitigung der Berggewerbegerichte und Uebertragung ihrer bisherigen Aufgaben auf die ordentlichen Gewerbegerichte.

Nachdem Genosse Rogg die skandalösen Vorgänge bei der Schließung der Lungenheilstätte des Knappschaftsvereins in Behringhausen mit zwangsweiser Entfernung von 40 Insassen durch die Gendarmerie und Bestrafung des Sprechers einer Kommission gebührend gekennzeichnet hatte, rechnete er mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie ab, die sich bereit erklärt haben, **in eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Bergleute im Wurmgebiet und am Deister zu bewilligen.** Gewiß mag ein Teil der Gruben unrentabel sein. Aber weshalb schreitet man nicht zu einer Zusammenfassung, zur Ausgleichung, **warum bekämpft man fortgesetzt die Forderung der Sozialisierung der gesamten Bergwerksbetriebe, bei der die Unrentabilität einzelner Werke sofort aufhören würde?**

Husemann (SPD.) schien noch stolz darauf zu sein, **daß er den jüngsten Streik der Bergarbeiter gegen die Provokation der Zechenbesitzer im Dortmunder Revier abgewürgt habe.**

Der Deutschnationale Dr. von Waldthausen erklärte kurz und bündig, daß **er jeden Streik für unzulässig halte.** Genosse Sobottka wies diese Scharfmacherei entschieden zurück. Genosse Kilian verlangte, daß die Bergbehörden angewiesen werden, rücksichtslos gegen jene Bergbauunternehmer vorzugehen, die sich weigern, ausgebeutete Tagebaubetriebe wieder aufzufüllen. Dies sei notwendig, um der überhandnehmenden Verwüstung der Landschaft und der Schädigung der Volksernährung entgegenzuwirken.

Die Mehrheitsverhältnisse des Landtages führten auch diesmal wieder zur

Ablehnung aller entschiedenen Anträge der beiden Linksparteien zugunsten der Bergarbeiter.

Lediglich der Antrag der kommunistischen Fraktion, daß die preußische auf die Reichsregierung dahin einwirken soll, daß den Knappschaftskassen gesetzlich vorgeschrieben wird, alle Renten und Unterstützungssätze der Teuerung entsprechend zu erhöhen, fand gemäß dem Beschluß des Haushaltausschusses Annahme. Aber bis zum wirklichen Ende der Hungerrenten ist noch ein sehr weiter Weg. Von einem anderen Antrag unserer Fraktion, der den verantwortlichen Steigern das Recht geben will, in ihrem Revier die Löhne der Bergarbeiter im Rahmen des geltenden Tarifes festzusetzen, der weiter eine Verkleinerung der Steigerreviere verlangt, damit die Befahrung in einer halben Schicht ausgeführt werden kann, der endlich das Tätigkeitsgebiet der unverantwortlichen Zwischenbeamten, Zwischenbetriebsführer und Revier-steiger, vom Tätigkeitsgebiet der Revier-steiger streng trennen will, so daß Zwischenbeamte zur Unterstützung des Betriebsführers auf großen Werken vertretungsweise bei der sicherheitspolizeilichen Kontrolle herangezogen werden können, wurde nur in seinem ersten Teil angenommen, im zweiten Teil durch rechtssozialistischen Antrag verwässert, im dritten aber abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte der Antrag der kommunistischen Fraktion, daß den Bergleuten und ihren Familienangehörigen für die Zeit ihres Urlaubs Fahrtermäßigung auf der Reichsbahn verschafft wird. SPD.- und Zentrumsabgeordnete verröhnten die erholungsbedürftigen Bergleute bei der Abstimmung noch durch den Zuruf, daß der Antrag „Agitationszwecke" verfolge.

Die vorgesehene Beratung der Vorlage auf Errichtung des gemischtwirtschaftlichen Großkraftwerks Hannover wurde vertagt. Der Kuhhandel zwischen den staatssozialistischen und privatkapitalistischen Geschäftemachern scheint noch nicht zu Ende gekommen zu sein. Infolgedessen wurde in die Beratung des Wohlfahrtsetats eingetreten. Am Sonnabend kommt die Justizverwaltung an die Reihe.

Für die süddeutschen Metallarbeiter

In Rheinland-Westfalen sind für die streikenden Metallarbeiter Süddeutschlands folgende Summen zur Verfügung gestellt worden:

Deutscher Metallarbeiter-Verband		Essen	500 000 Mark
„	„	Duisburg	100 000 „
„	„	Bochum	100 000 „
„	„	Barmen	150 000 „
„	„	Solingen	100 000 „
„	„	Remscheid	50 000 „
„	„	Hagen	50 000 „
„	„	Lüdenscheid	50 000 „
„	„	Velbert	100 000 „
Gewerkschaftskartell Düsseldorf			10 000 „
Staats- und Gemeindearbeiter Köln			10 000 „
Ueberschuß der Maifeier in Oberhausen			10 000 „

Außerdem wurde in zahlreichen Betrieben auf Sammellisten gesammelt und namhafte Beträge abgeführt. Bemerkenswert ist, daß eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen überhaupt nichts zur Verfügung, andere ihren Verhältnissen und Mitgliederzahlen entsprechend, nur sehr geringe Summen zur Verfügung gestellt haben.

Genosse! Verlangt von Euren Führern, von den Leipzigern nicht nur Geld, verlangt wirksamere Unterstützung, verlangt Solidaritätsstreik, verlangt Generalstreik! Wenn Ihr den ADGB. zwingen würdet, es nicht nur bei papierenen Resolutionen zu belassen, wenn Ihr ihn zwingen würdet sich zu einer entschlossenen Kampfmaßnahme aufzuraffen, dann würden Eure süddeutschen Brüder mit einem Male siegen.

Heraus aus Eurem Gleichmut, zeigt, daß Ihr den heroischen Kampf zu würdigen wißt, beweist, daß Ihr nicht feige seid. Es lebe die Solidarität!

Die SPD. sprengt den „Roten Block" Mitteldeutschlands

Braunschweig, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der rechtssozialistische „Volksfreund" schreibt: Die Situation in Braunschweig sei nun geklärt. Neuwahlen wären nicht mehr erforderlich. **Die Bahn ist frei für die Bildung der großen Koalition.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0002

Die Sozialpolitik der Stinnesrepublik

Im Reichstag begründete der Sozialdemokrat **Schreck** eine Entschließung, die von der Regierung die Verlegung eines Gesetzentwurfes über den **Jugend- und Lehrlingsschutz** fordert. Das Bürgertum lehnte geschlossen die Entschließung für Jugendschutz ab.

Hieran schloß sich die Besprechung des **Sozialversicherungswesens**, für das **Hoch** (SPD.) berichtete. Sein Fraktionskollege **Kaiser** hielt eine lange Rede über die Notwendigkeit eines Ausbaues der Arbeiterversicherung. Die Verschmelzung von Invaliden- und Angestelltenversicherung sei unumgänglich. Das Fürsorgeprinzip müsse mehr in den Vordergrund treten. Er erklärte sein Einverständnis zu einer Erhöhung der Beiträge der Invalidenversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Rentenbezüge und forderte eine planmäßige Zusammenlegung und Konzentration der verschiedenen Krankenkassenarten. Mit dem Prinzip der Arbeitslosenversicherung erklärte er sich einverstanden, verlangte aber die Einbeziehung der Land- und Hafenarbeiter. Der Deutschnationale **Lambach** kämpfte für das Fortbestehen der Zersplitterung im Krankenkassen- und Versicherungswesen. Der Unabhängige **Karsten** forderte höhere Bezüge für die Sozialrentner unter besonderer Berücksichtigung der Kleinrentner, die man mit den lächerlichsten Renten bis zu 5 Mk. hinab abspeise. Ein Antrag auf Erhöhung der Leistungen der **Wochenhilfe** und der **Wochenfürsorge** wurde angenommen.

Es folgte das Kapitel **Arbeiterschutz**. Der Rechtssozialist **Girbig** forderte mehr **Schutz für die Glasarbeiter**. Das Glaskapital übe einen ungeheuren Druck auf die Arbeiter aus.

In vielen Betrieben müßten 69 Arbeitsstunden pro Woche am heißen Ofen geleistet werden.

Der Reichsarbeitsminister unternehme dagegen nichts. Der Stinnesmann **Moldenhauer** begründete eine Entschließung zur arbeitsgemeinschaftlichen Bekämpfung der Unfallverhütung in der Tafelglasindustrie. Sie wurde angenommen, weil sie zu nichts verpflichtet.

Es folgte der Abschnitt **Tarifwesen** und **Arbeiterrecht**. Der Unabhängige **Rosemann** erklärte das **Arbeitszeitgesetz für die Steinkohlenbergarbeiter** für unannehmbar. Von einer siebenstündigen Arbeitszeit sei trotz aller ministeriellen Versprechungen nichts zu spüren. Der Sozialdemokrat **Brey** sprach namens der Gewerkschaften die Ablehnung der **Schlichtungsordnung** aus. Der Deutschnationale **Schimmelpfennig** sagte namens der pommerschen Landwirtschaft der Berliner Regierung den schärfsten Kampf an. **Simon** (USPD) geißelte den Unfug über die ungeheuerliche Hinauszögerung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Seine Fraktionskollegin **Ziegler** forderte mehr **Schutz für die Hausangestellten**. Hierbei kam es zu scharfen Tumultszenen, als sie die Verführungsgefahren der jungen Dienstmädchen in den Häusern des honetten Bürgertums feststellte. Dr. **Moldenhauer** von der Stinnespartei griff den Minister an, weil er das gelbe Gesindel nicht als gleichberechtigte Vertragspartei bei Tarifabschlüssen anerkennt. Der Minister **Braun** beeilte sich, seinen republikanischen Mannesmut ganz erheblich einzuschränken.

Hierauf sprach Genosse Malzahn:

Er hielt zunächst eine scharfe **Abrechnung mit den Wirtschaftsfriedlichen**, für die Herr Moldenhauer sich so ins Zeug gelegt hat. Die Unparteilichkeit der sogenannten unparteiischen Vorsitzenden in Schlichtungsfällen sei mehr als fragwürdig. Zudem finde in jüngster Zeit eine planmäßige Ausmerzung aller halbwegs sozialgesinnten Unparteiischen statt. Durch die bisherige Praxis ist der Reallohn der Arbeitermassen gegenüber Marksturz und Teuerung immer mehr zurückgegangen. Die Arbeiter haben **kein Vertrauen zu den Schlichtungsausschüssen**. Sie sind ein Kriegsprodukt, das unter der Obhut und Pflege der preußischen Generalkommandos entstanden ist und später durch die famose Arbeitsgemeinschaftspolitik zum Schaden des Proletariats sanktioniert worden ist.

Die Schlichtungsordnung kommt einem Raub des Koalitionsrechtes gleich.

Die gesamte Arbeiterklasse muß sich wie ein Mann dagegen erheben. Arbeitsnachweis- und Arbeitszeitgesetz unterstützen die **Unternehmeroffensive**. Sie bezwecken eine Zersplitterung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse, die man **gruppenweise niederschlagen** will. Die Arbeiter aber erkennen die Gefahren. Ohne Unterschied der Parteirichtung scharen sie sich zusammen zum Abwehrkampf. Die ganze Sozialgesetzgebung wird nicht für, sondern gegen die Arbeiter gemacht. Der deutsche **Gewerkschaftskongreß in Leipzig** muß sich als oberstes **Ziel** setzen:

die Schaffung einer geschlossenen festen Kampffront der Arbeiterklasse zum Schutze des Achtstundentages.

Die Arbeitszeit im **Bergbau darf sechs Stunden nicht überschreiten**. Der Achtstundentag muß Maximalarbeitstag sein, mit Verkürzungen, je nach der Schwere und Gefährlichkeit der einzelnen Berufsarbeiter. Ein ausreichender Urlaub (vier Wochen) muß obligatorisch werden, unter Fortzahlung des Lohnes. Wir bekämpfen die Beseitigung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und ihre Auslieferung an das reaktionäre Juristentum. Der Ausbau des Betriebsrätegesetzes, die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten in produktionskontrollierendem Sinne, ist eine unbedingte Notwendigkeit zur Erfüllung des Regierungsversprechens in den Frühjahrskämpfen 1919. Wir erwarten, daß der Machtkampf, der jetzt draußen im Lande ausgefochten wird, von den Gewerkschaften siegreich zu Ende geführt werde. Der Renommierarbeiter aus der Stinnespartei, Winnefeld, mußte befehlsgemäß eine wüste Hetzrede gegen die rebellischen Bergarbeiter halten, die nur von linksradikalen Elementen zum Schaden des Vaterlandes in den Streik gehetzt würden. Der Bergmann Jantscheck von der SPD. erteilte dem gelben Herrn eine gründliche Abfuhr und enthüllte die wirklichen Ursachen des Förderungsrückganges im Kohlenbergbau: **unverschämtester Raubbau während des Krieges** im Betrieb und an der menschlichen Arbeitskraft, ungeheuerliche Krankheits- und Todesziffern sind sprechende Belege dafür. (Genosse Höllein ruft: „Und da schämen Sie sich nicht, gelber Jüngling?") Es sprachen noch vier Redner, darunter auch der Landarbeiter-Vorsitzende Schmidt (SPD.), der in der Abwehr der unverschämten Angriffe des Deutschnationalen Schimmelpfennig sich in Arbeitsgemeinschaftsduselei geradezu überschlug.

Um ½10 Uhr war die Debatte beendet. Der Entwurf über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken wurde dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Weiterberatung und Ernährungsministerium.

Der Sinn der französischen Generalratswahlen

Die Zusammenstellungen, die von den bürgerlichen Nachrichtenagenturen über das Ergebnis der französischen Generalratswahlen verbreitet werden, sind durchaus irreführend. Zur richtigen Würdigung dieser Wahlen ist folgendes zu berücksichtigen: Die französischen Generalräte entsprechen ungefähr den deutschen Kreistagen. Die Wahlen, die kürzlich stattfanden, haben sich vorwiegend in den ländlichen Bezirken Frankreichs abgespielt. So erklärt sich ohne weiteres das Uebergewicht der bürgerlichen Parteien. Ferner traten in vielen Bezirken die Bürgerlichen gleich im ersten Wahlgang für die rechtssozialistischen Kandidaten ein, um nur die Wahl der verhaßten Kommunisten zu verhindern. Trotzdem haben unsere französischen Genossen in allen Teilen des Landes sehr erhebliche Stimmenzahlen aufgebracht und eine Anzahl Sitze in den Kreistagen neu gewonnen. Besonders hervorzuheben sind die Wahlen in dem Bezirk Ostpyrenäen, die sich zu einer großen Demonstration für die Amnestie der politischen Gefangenen auswuchsen. Perpignan wählte mit großer Mehrheit den Genossen Marty, den „Helden des Schwarzen Meeres" in den Kreistag. In Vierzon erhielt Genosse Wallet 3336 Stimmen und schlug damit den rechtssozialistischen Kandidaten, der nur 1708 Stimmen auf sich vereinte. Auch Wallet ist ein im Zuchthaus befindlicher Matrose des Schwarzen Meeres. In Hyères siegte Genosse Alquier, der ebenfalls zu den Matrosen des Schwarzen Meeres gehört. Bemerkenswert ist auch das Wahlergebnis in Lonjumeau. Dort erhielt im Jahre 1919 die alte sozialistische Einheitspartei 1200 Stimmen, jetzt erhielten die Kommunisten allein 2500 Stimmen.

In Saint-Denis wählten die Stadtverordneten einen neuen Bürgermeister. Aus der Wahl ging Genosse Philippe mit 18 Stimmen hervor. Der gemeinsame Kandidat der Bürgerlichen und Rechtssozialisten erhielt 17.

Der Bolschewismus als „Ismus" oder die Menschewiki als „Iki"

Das Ende des Menschewistenbandwurmes

Halle, 19. Mai.

Zu der gestern, am Donnerstag, im „Volkspark" abgehaltenen öffentlichen Versammlung der USPD. hatten die Hallischen Arbeiter die Menschewiki aller Sorten allein gelassen. Alles in allem 300 bis 400 Mann waren erschienen, um die zweiten drei Stunden der Erzählungen des „Originalmenschewiken" Abramowitsch über sich ergehen zu lassen. — Eine Anzahl unserer Genossen hatten dieses Opfer auf sich genommen, werden jetzt wohl aber endgültig von der Hoffnung befreit sein, von einem USPD.-Wissenschafter auch einmal angenehm enttäuscht zu werden.

Abramowitsch erzählte wieder fast drei Stunden. Aus dem Inhalt seiner Ausführungen über die „Vorzüglichkeit des Menschewikentums" als „Ismus" und der Menschewiki als „Iki", die er unter dem Decknamen „Das Werden Rußlands" hier an den Mann brachte, sei kurz folgendes erwähnt. An der Hand von Beispielen, die nicht gerade immer stimmten, versuchte er auch für die Periode nach 1900 nachzuweisen, daß die Bolschewiki die Repräsentanten des Rebellismus in Rußland sind. Lenin habe 1902 die Arbeiterbewegung verglichen mit einem Teig, der geknetet werden müsse. Die Intelligenz müsse dieses Kneten besorgen. An die Stelle der zu bearbeitenden Bauern der siebziger Jahre war für diese Leute nun die Arbeiterschaft getreten, im übrigen ihre Theorie die gleiche geblieben. Auch die soziale Schichtung hatte sich ja nicht verändert. 1903 kam die Trennung zwischen Bolschewiki und Menschewiki, wobei die Bolschewiki auch in der Organisationsform der Partei ihre Theorie zum Ausdruck bringen wollte. 1905, in der damaligen Revolution, waren die Menschewiki die Begründer der Sowjets, während die Bolschewiki sie „bekämpften". 1917 seien die Bolschewiki genau so entschiedene Vertreter der Sowjets gewesen, wie sie 1905 ihre Bekämpfer waren. Das habe aber einen gemeinsamen Grund, nämlich, daß in beiden Fällen den Bolschewiki diese Taktik diktiert worden ist, von ihrem Bestreben, die eigentlichen Beherrscher des Volksganzen sein zu wollen, was sie jetzt erreicht hätten durch die Beseitigung der wirklichen Macht der Räte. Ihre Herrschaft verdanken sie heute der Tatsache, daß sie als die politische Organisation der Schicht der Intelligenz des dritten Standes an keine Klasse gebunden sind, und sich hemmungslos auf die Verwirklichung der nächstliegenden Interessen der russischen Bauern und Arbeiter werfen können. Als geschichtliche Notwendigkeit ist ihnen die Verwirklichung der bürgerlichen Besitzverhältnisse auf dem flachen Lande zugefallen, wie sie auch die Verwirklicher des entwickelten Kapitalismus in Rußland sind. Ihre Revolution ist also die bürgerliche Revolution und die Bauernrevolte.

In der Diskussion sprach zunächst ein Rektor a. D. Witte einiges unverständliches Zeug, worauf unser Genosse Koenen zum Worte kam. Peters konnte es jedoch nicht unterlassen, vor der Erteilung des Wortes darauf hinzuweisen, daß Koenen ja unmöglich über den Vortrag sprechen könne, da er den ersten Teil am vergangenen Donnerstag nicht gehört habe. Und außerdem heute nicht von Beginn an dagewesen sei. Der Genosse Koenen beruhigte jedoch Peters und seine Getreuen, indem er mitteilte, daß er das zweifelhafte Vergnügen gehabt habe, Abramowitsch schon 3½ Stunden in Merseburg gehört zu haben, und daß hoffentlich nicht gerade in den ersten zehn Minuten des heutigen Abends mehr und wichtigeres gesagt worden sei, als in den übrigen fünf Stunden. Daraufhin bemerkte er noch, daß seine Ausführungen natürlich nur Streiflichter sein könnten zu den langen Ausführungen des Vortragenden und er wolle zu allen Dingen einige Irrtümer feststellen. So ist zum Beispiel schon die Methode Abramowitsch' die „proletarische Wissenschaft" etwas sehr zweifelhaft, kann man dazu doch auch den Revisionismus rechnen, was sich hier ja klar gezeigt habe. Es könne jedoch zum Verständnis der sozialen Entwicklung die revolutionäre marxistische Methode der Untersuchung der Dinge und Vorgänge in Frage kommen. So ist auch schon die Definition des Wesens der Revolution nicht marxistisch gewesen, denn man kann die Revolution nicht einfach als Evolution im beschleunigten Tempo bezeichnen. Marx kehrt ganz besonders hervor; worin der Widerspruch der Revolution zur sogenannten Evolution liegt, nämlich in der Sprengung der Produktionsverhältnisse einer bestimmten Gesellschaft, durch die Produktivkräfte, die gerade unter der Herrschaft dieser bestimmten Gesellschaftsform sich zu einer solchen revolutionären Macht entwickelt hatten. Die Freilegung der Bahn zur hemmungslosen Entwicklung der Produktivkräfte durch die Zertrümmerung der jeweiligen Staatsform. Ferner ist das Werden Rußlands nicht aus dem Weltwerden herauszureißen. Nur bei einer internationalen Betrachtungsweise kann das Verständnis für die Vorgänge in Rußland gewonnen werden. Die Bolschewiki haben gerade die marxistische revolutionäre Methode der Untersuchung und des Handelns angewandt und vor allem den hiermit verbundenen Internationalismus in der Tat verkörpert. Nur so ist ihre dauernde Ueberlegenheit über die Menschiwiki zu verstehen, und nur deshalb konnten sie in jeder Situation seit 1917 die russischen Volksmassen so organisieren, daß sie bis heute allen Angriffen des internationalen Kapitals und seinen menschewistischen Handlangern widerstehen konnten. So ist auch die russische Revolution nur als eine Etappe, als der Anfang der Weltrevolution zu verstehen, deren zweite Etappe erst den proletarischen Charakter dieser Revolution auch den Menschiwiki wohl klar genug erscheinen lassen wird. Auf alle Fälle ist mit ihr der Beginn der Zertrümmerung der Produktionsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, das heißt des Weltkapitalismus gemacht worden und ist die neueste Politik unserer russischen Genossen ein Beweis für ihr Verständnis für die geschichtlichen Aufgaben, die sie zu lösen haben, nämlich der freien Entfaltung der Produktionskräfte ihres Landes, sowohl der industriellen als der agrarischen den Weg zu bahnen. Das Proletariat Westeuropas hat die Aufgabe, zu seinem Teil seine historische Pflicht zu erfüllen.

Die Ausführungen des Genossen Koenen, die verhältnismäßig kurz sein mußten, haben jedoch den USPD.-Freunden so viel Kopfschmerzen bereitet, daß die Unterbrechungen kaum aufhörten. Schnarchendorf, der Leiter der Versammlung, hatte außerdem das dringende Bedürfnis, mehrfach den Genossen Koenen zu unterbrechen und der Versammlung zu beteuern, daß er sich durch die Angriffe gegen den Menschewismus getroffen und beleidigt fühle und diese Angriffe ganz energisch zurückweisen müsse. Wir haben ja immer gesagt, daß die USPD. schon eins sei mit den Menschewiki, was wir hier nur von neuem bestätigt gefunden haben.

Gewerkschaftsbewegung

Der 14. Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter

Cassel, den 16. Mai 1922.

Bei Eröffnung des zweiten Verhandlungstages wurde eine Kundgebung zugunsten der **kämpfenden süddeutschen Metallarbeiter einstimmig angenommen**.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Pecht (Leipzig), Fuhrmann (Grimma) führten über viele Maßnahmen des Verbandsvorstandes Klage. Der Kollege Fuhrmann schilderte das Elend der Heimarbeiter in seinem Bezirk. Er erklärte, daß er mit der Schreibweise der „Buchbinderzeitung" nicht einverstanden sei und verlangte mehr Aufklärungsarbeit unter den neugewonnenen Mitgliedern. Sehr entschieden wendet er sich gegen die Gewaltpolitik, die von seiten der SPD. gegen die USPD.- und KPD.-Genossen getrieben wird. Nachdem die Kollegen Machler (Weimar), Dürr (Lahr) für die Tätigkeit des Verbandsvorstandes eintraten und die Ausführungen des Kollegen Gäbel zu entkräftigen suchten, nahm der Vertreter des ADGB., der Kollege Graßmann, das Wort.

Nachdem er mit einigen Mätzchen gegen die Kommunisten zu Felde zog, gab er offen den Bankrott und die Undurchführbarkeit der Forderungen des ADGB. zu. Unwillkürlich bekam man bei den Ausführungen des Kollegen Graßmann den Eindruck, daß nicht ein Vertreter einer proletarischen Organisation spricht, sondern daß ein Regierungskommissar den Arbeitern klar machen wolle, daß erst die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgebaut werden muß, damit Deutschland gesunden kann. Die Mehrheit des Verbandstages beschloß, die Ausführungen Graßmanns den Mitgliedern des Verbandes gedruckt zugänglich zu machen. Es wird dann noch Gelegenheit sein, sich mit diesen Ausführungen eingehend zu beschäftigen. Die Mehrheit des Verbandstages versuchte von vornherein, die Opposition des Verbandstages mundtot zu machen und es war nicht möglich, die Ausführungen Graßmanns in der gewünschten Weise zu widerlegen.

Kasper (Berlin) gab Graßmann zu verstehen, daß wenn der zur Schau getragene Pessimismus den ganzen ADGB. beherrsche, die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft in Frage gestellt sei. Bezüglich des Achtstundentages hat der ADGB. die Pflicht, gegen maßgebende Führer der SPD., wie **Kaliski**, **Schippel**, **Lindemann**, **Cohn** entschieden vorzugehen. Im übrigen geht er auf die früheren Differenzen des Verbandsvorstandes mit der Berliner Ortsverwaltung ein. Er wünscht, daß in Zukunft die Gegensätze nicht verschärft, sondern der Zusammenhalt gefördert wird.

Menzer (Dresden) (KPD.) wirft den V. V. vor, sich nicht an die Beschlüsse des Beirats gehalten zu haben. Der Beirat hatte bekanntlich im vorigen Jahre beschlossen, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen. Die Wahl der Delegierten in Dresden habe der Verbandsvorstand versucht, in seinem Sinne zu beeinflussen. Auch verurteilt er die Schreibweise der „Buchbinderzeitung".

Harder vom Verbandsvorstand verteidigt die Maßnahmen des Verbandsvorstandes in bezug auf die Heimarbeit.

Stephan (Berlin) (USPD.) ist mit einem Teil der Ausführungen Graßmanns einverstanden, glaubt jedoch, daß der ADGB. sich zu sehr von den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern isoliert. Eine geeignete Maßnahme zu einer besseren Verbindung erblickte er in der Schaffung einer allgemeinen Gewerkschaftszeitung. Die Begründung Graßmanns über die Erfassung der Sachwerte sei unzweckmäßig. Es folgten wieder eine Reihe Redner der Mehrheit des Verbandstages, welche die begonnene Kommunistenjagd fortsetzen.

Als der Kollege **Czerni** (Berlin) (KPD.) zu Worte kommen sollte, um mit den Verdrehungen und Verdächtigungen sowie den Ausführungen Graßmanns abzurechnen, wurde Schlußantrag gestellt. Der mit dem ersten Tage begonnenen Gewaltpolitik wurde die Krone aufgesetzt, die **Kommunisten wurden mundtot gemacht**. Es folgten die Schlußworte des Vorstandes, wobei Haueisen (Verbandsvorsitzender) und besonders Michaelis ihr wahres Gesicht zeigten. Ihre ganzen Ausführungen **gipfelten in einer maßlosen Kommunistenhetze**.

Der Kollege Gäbel (Berlin) stellte fest, daß die Mehrheit des Verbandstages den traurigen Mut aufgebracht habe, nachdem gerade er und seine Freunde am meisten angegriffen wurden, ihm das Wort zur Verteidigung nicht zu geben. Damit richte sich die Mehrheit des Verbandstages selbst.

Der Eindruck der Ausführungen des Kollegen Gäbel am ersten Tage konnte aber trotzdem nicht verwischt werden. Und nur, weil die Verbandstags-Delegierten unter dem Druck der Gauleiter stehen, wagen diese nicht, sich offen zur Opposition zu schlagen. Es folgte dann die Abstimmung der Anträge zum Geschäftsbericht. Angenommen wurde der **kommunistische Antrag**, daß Mitglieder des Verbandes weder aktiv noch passiv für die Technische Nothilfe tätig sein dürfen. Abgelehnt wurde der Antrag, die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß für ungültig zu erklären und auf Grund des Verhältniswahlsystems auf dem Verbandstag vorzunehmen. Angenommen wurden eine Reihe Anträge, die mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeiten, insbesondere der Kolleginnen, verlangen. Die „Buchbinderzeitung" soll in Zukunft in stärkerem Umfange erscheinen. Dem Verbandsvorstand wurde gegen die Stimmen der KPD. und USPD. das Vertrauen ausgesprochen. Daraufhin wurde der Verbandstag auf Mittwoch früh vertagt.

(Fortsetzung folgt.)

Konflikt in der englischen Textilindustrie

Aus London wird gemeldet: Eine Konferenz der Textil-Industriellen in Manchester hat beschlossen, 120 000 Arbeiter binnen acht Tagen auszusperren, falls nicht die Textilarbeiter in zwei Betrieben, die wegen lokaler Gründe in den Streik getreten sind, sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Es ist klar, daß die Textil-Industriellen die Arbeiter provozieren wollen. Auch hier handelt es sich um einen Teil des großen Feldzuges der englischen Unternehmer gegen das Proletariat, um die Löhne abzubauen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Krise in der Textilindustrie ist wichtig angesichts der gegenwärtigen Aussperrung der englischen Metallarbeiter und der bedrohlichen Lage im Bergbau.

Die Hallischen Holzarbeiter wählen Kommunisten zum Gewerkschaftskongreß

Bei der gestrigen Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß erhielt **Fiedler**-Halle (KPD.) 703, **Niebuhr**-Braunschweig (USPD.) 70 Stimmen, acht Stimmen waren ungültig. Ein sichtbares Zeichen von der Stärke der USPD. in Halle und dem Vertrauen, daß die Gewerkschaftsmitglieder zur KPD. gewinnen.

Vom Tage

Nur nicht arbeiten. Kürzlich versuchten die Sprößlinge eines Generalmajors einen Kunsthändler zu berauben und zu töten. Bezeichnend ist, welche Gründe diese blaublütige Gesellschaft zum Raubmordversuch trieben: sie hatten bei Spekulationen schlechte Geschäfte gemacht und standen vor der Gefahr, arbeiten zu müssen, nicht mehr auf Kosten anderer leben zu können. Aber Arbeit ist für diese Leute eine Schande; ehe man arbeitet, tötet man lieber seinen Nächsten — eine andere Form des Wirtschaftskampfes. Wer will nun noch über „arbeitsscheues Gesindel" spotten? Aber paßt auf: in dem Prozeß gegen diese Arbeitsscheuen der herrschenden Klasse werden alle Gründe zugunsten der Angeklagten angeführt, die bei einem Proletarier zu seinen Ungunsten sprächen. Der Beweis für Klassenjustiz muß doch erbracht werden. Wir werden sehen.

Radiumschieber. Wie der „L.-A." aus Iserlohn meldet, beschlagnahmte die Kriminalpolizei 41 Milligramm Radium im Werte von über eine Million Mark, das von einem Manne ins Ausland verkauft werden sollte. Der Besitzer behauptet, das Radium im vorigen Jahre von der Radiologischen Gesellschaft in Berlin erworben zu haben, was er aber nicht nachweisen kann. In die Angelegenheit sind auch einige Iserlohner Bürger verwickelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101922051 9-18/fragment/page=0003

Operetten-Theater.

Heute abend 7½ Uhr: **Erstaufführung!**

◎ Berlins größter Schlager ◎

„Die Königin der Nacht."

Operette in 3 Akten von Walter Kollo.

Segebrecht . . . Willi Schur.

Kasse ab ½10 ununterbroch. geöffnet (Tel. 6183).

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr.** Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Sonntag, 21. Mai, vorm. 9 Uhr, **treffen sich alle Genossen in ihren Distriktslokalen.**

Distrikt 2. Sonntag, 21. Mai, nachm. 2½ Uhr, **treffen sich alle Genossen** mit Frau u. Kind **am UT.**, Große Wallstraße.

Kommunistische Bauarbeiter. Heute, Freitag abend 7½ Uhr, im großen Zimmer der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Versammlung.**

Fraktion der Schneider. Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", kl. Zimmer: **Wichtige Sitzung.**

Elternbeiräte der Talamtschule für Knaben und Mädchen. Sonntag, den 21. Mai, vormittags 9 Uhr, im Restaurant „Goldene Spitze" (Seiert): **Sitzung aller aufgestellten Kandidaten.**

Pestalozzischule. Parteigenossen von Kindern der Pestalozzischule melden sich zwecks Aufstellung einer Kandidatenliste zu den Elternbeiratswahlen möglichst bis 20. Mai auf dem Bureau d. Ortsvereins der KPD., Lerchenfeldstraße 14, nachm. 4—7 Uhr.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Reideburg. Sonntag, 21. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gasthof „Zur Linde": **Mitglieder-Versammlung.**

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Die Delegierten des gesamten Unterbezirks zum Bezirksparteitag treffen sich Sonnabend, den 20. Mai, pünktlich 4 Uhr nachmittags in Halle, Restaurant der Produktivgenossenschaft.

Holzweißig. Dienstag, 23. Mai, abds. 7½ Uhr, im Häßerschen Lokale: **Mitgliederversammlung.** Genosse Sachse ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda. Sonnabend, 20. Mai, nachm. 4 Uhr, im Rest. „Prod.-Genossenschaft" (Halle): **Vorbesprechung** sämtl. Delegierten des Unterbezirks.

Arzberg. Sonnabend, den 20. Mai: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung

Dommitzsch. Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in der „Konzerthalle": **Mitgliederversammlung.**

Zeckritz. Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitglieder- und Frauenversammlung.** Referentin: Genossin Voigt (Torgau).

Unterbezirk Mansfeld.

Hergisdorf. Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 Uhr, beim Genossen Hörning: **Mitgliederversammlung.**

Leimbach. Sonntag, 21. Mai, abends 6½ Uhr, im „Ratskeller": **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Frankleben. Freitag, den 19. Mai: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Fahrräder

in großer Auswahl, 382

Mäntel und Schläuche

sowie sämtliche Ersatzteile.

Tel. 2719. **Otto Hänisch,** Turmstr. Nr. 156.

Reparaturwerkstatt mit elektr. Betrieb.

---

3 Könige.

Heute! Der große Tag!

Einmalige Aufführung von:

20 Jahre unschuldig verurteilt.

(Großes soz. Drama in 2 Akten). 2152

Reimers als Fußballkönig

sowie sämtliche Künstler in ihren Glanzleistungen.

SARRASANI

Halle, Roßplatz, ab

Mittwoch 24. Mai, 7,15 Uhr.

Vorverkauf bei Kurt Walla, Poststr. 1 hat **begonnen.** 2145

Turn- u. Sportver. „Fichte", Halle.

Sonnabend, d. 20. Mai, im klein. Saal des „Volksparks":

Stiftungsfest.

2141 Der Vergnügungsausschuß.

Deutscher Konzertina- und Bandonion-Bund,

Bezirk Merseburg.

Sonntag, den 21. Mai, nachm. 3 Uhr, im großen Saale des „Volksparks":

4. gr. Bezirksfest

unter Mitwirkung sämtl. Vereinigungen des Bezirks, 2142

bestehend in:

Konzert und Ball.

B. B.B. **Beths Bunte Bühne**

Vornehme Künstlerspiele

Allabendlich: Das phänomenale

Philomele-Duo.

Willi Hanack, Maria Carlas und Partnerin u. die übrigen erstklassigen Kunstkräfte. 2157

Damenhüte Herrenhüte

— kaufen Sie am — vorteilhaftesten bei

Herold & Schröder,

Gr. Steinstraße 33 :: Große Ulrichstraße 10.

2149

Stadttheater

Sonnabend, d. 20. Mai, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr: **Hoffmanns Erzählungen** Phantast.-romant. Oper von Offenbach.

Sonntag nachmittag: **Alt-Heidelberg.**

Sonntag abend: **Der Obersteiger.** 2147

---

424 **Sennewitz. Schwarzer Adler**

Am 20. Mai:

Schweizer-Ball.

Die gute **Sternwolle** in allen Farben vorrätig *341

Partiewaren Magdeburger Str. 25 am Walhalla.

Wiederverkäufer Extrapreise.

Solbad Fürstental:

Echte 369

Schmiedeb. Moorbäder

Schlafzimmer, Küchen, Bettstellen, Pat.-Auflege-Matratzen, Sofas, Chaiselongues zu verkaufen. 2154

Curt Hoffmann Ludwig-Wucherer-Straße 37, kein Laden, Hof links. Nähe Bernburger Str.

Schnürsenkel, Schuhkreme, Gummi-Absätze kaufen Sie preiswert bei 346

Rob. Schmeißer Gr. Märkerstr. 5.

Gelegenheitskäufe in Möbeln, 343 Polsterwaren, Betten usw. Klara Ruß, Sternstr. 6, Teleph. 3579.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Trotz Teuerung

kaufen Sie infolge unserer großen alten Abschlüsse

heute noch

Qualitätswaren bei uns zu

billigen Preisen

Als ganz besonders preiswert bieten wir an:

Herren-Anzüge	neueste Stoffe moderne Machart . 2700,— 1975,— 1525,—	1175—
Herren-Paletots	Covercoat und marengo . . . 2500,— 1975,— 1525,—	975—
Herren-Schlüpfer	. . . . 2600,— 2100,—	1650—
Herren-Gummimäntel	. . . . 2100,— 1750,—	1175—
Herren-Lodenmäntel	imprägniert . . . . . 1475,—	975—
Herren-Loden-Sport-Anzüge	1575,— 1185,—	925—
Herren-Hosen	in Kammgarn und Buckskin 350,— 275,— 210,—	175—
Herren-Breches-Hosen	Manschester u. Reitcord 537,—	475—

Unsere Sonder-Abteilung für Junge Herren- bringt in großer Auswahl **Anzüge** . . . . von **750—** an

2151

S. Weiss

SPEER Bruchbänder, Leibbinden 344 Senkfußeinlagen. **Fr. Speer,** Halle (Saale), **Gr. Ulrichstr. 63,** Krankenkassenlieferant.

Hausfrauen! Kauft nur bei unseren Inserenten.

---

1 Minute v. Hettstedter Bahnhof

Achtung! Hausfrauen!

Zahle für

Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Bücher, Metalle, Felle, Wolle usw. 2156

jed. Konkurrenzpreis

Kostenlose Abholung! Kostenlose Abholung!

Werner Reuschel,

Mansfelder Straße 47.

Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

1 Minute v. Hettstedter Bahnhof

Bekanntmachung.

Auf die Bekanntmachung des Magistrats betr. Veröffentlichung des Stundenplanes der gewerbl. Berufsschule für das Schuljahr 1922 wird hierdurch hingewiesen. Die Veröffentlichung erfolgt durch Anschlag an den hiesigen Plakatsäulen.

2144 Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vergebung der Erneuerung des Fahrbahnbelags der Kröllwitzer Brücke 2146

im Wege der Wettbewerbung. Angebote sind bis Mittwoch, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr, im Magistrats-Bureau I, Zimmer 23 des Wagegebäudes einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen. Verdingungsanschläge sind gegen Erstattung von 10 Mark im Zimmer 1 des Rathauses erhältlich.

Halle, den 17. Mai 1922.

Städtisches Tiefbauamt.

Wittenberg.

Lichtspiel-Theater, Mittelstraße.

Das große Abenteurerprogramm für Freitag bis Sonntag: 535

Lehmanns Geheimnis Lustspiel.

Das fliegende Auto

sehr spannendes Sensationsdrama in 6 Doppelakten mit d. Meister d. Sensationen

Harry Piel.

Anfang 6 u. ¼9 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Zeitungsträger,

für Wittenberg, zum 1. Juni gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei F

Eugen Tominski. Kupferstr. 7/8, II.

Ein- u. Verkauf neu. u. getr. Kleidungsstücke Schuhe Stiefel usw. **A. Simon, Elbstr. 2.**

Rasiermesser u. sämtl. Stahlwaren kauf. Sie am besten beim Fachmann im Spezialgeschäft. 466 Dortselbst werden dieselben gut geschliffen. **Kurt Schulze,** Messerschmd. u. Schleiferei, Scharrenstr., am Arsenalplatz

---

Kauft nur bei den **„Klassenkampf"-Inserenten.**

PT Spielplan für Freitag bis Montag, (19. bis 22. Mai.) **PT**

Olaf Fönß

in dem 6aktigen Schauspiel von A. Winther.

Die Prinzessin v. Toskana.

Der Bienenstich

Köstliches Lustspiel in 3 Akten. 533

Vereine.

Allg. Sängerchor. Wittenberg. Montag, den 22. Mai, abends 8 Uhr: 484 — **Frauenchor.** — Donnerstag, 25. Mai, **Ausflug n. Hubertusberg.** Treffpunkt: Morgens 6 Uhr im „Volksgarten."

Zentralverband proletarisch. Freidenker Ortsgr. Wittenberg. Mittwoch, d. 31. Mai, abends 7½ Uhr, bei 461 Freudenberg: **Mitglieder-Versammlung.** Vorlesung: **Von der Zelle zum Säugetier.** Gäste willkommen.

Arbeiter-Radfahr.-Bund „Solidarität", Ortsgr. Wittenberg. 532 Ausfahrt am 21. Mai nach Klein-Wittenberg, Abfahrt 1 Uhr; n. Clöden am 25. Mai, Abf. 1 Uhr; nach Bülzig am 28. Mai, Abf. 1½ Uhr. Der Vorstand

---

Kommunistische Literatur zu haben bei **O. Meusel, Juristenstraße 11** — Telephon 329. —

Aus Heeresbeständen:

Große Posten gebrauchte Infanterie- und Kavallerie-Stiefel, Husarenpelze und feldgraue Joppen, neue feldgr. und schwarze Militärhosen. Neu eingetroffen: Gestr. Manschester-Breches- und Arbeitshosen, amerik. Grubenhemden, Sweater für Kinder, Strickjacken und Stutzer, für Herren, Unterröcke, Handtücher, Strümpfe, f. Herren und Damen usw., Khaki-und Zeltbahnanzüge billigst. 534

Breitfeld & Pottschulte,

Hauptgeschäft: Schloßstraße 32, II. Filiale: Mittelstraße 43a. Fernruf 490.

Möbel- und Warenhaus J. Preminger,

467 **Jüdenstraße 7. — Telephon 857.**

Abt. 1: Wohnungs- und Kücheneinrichtung., kompl. Schlafstub., einz. Möbel jed. Art, 1a. Plüschsofas, Chaiselongues, Bettstell. Matratzen, Kommoden, Stühle, Spiegel Läuferstoffe, Teppiche. Abt. 2: Damen-, Herren- u. Kinderbekleidg., Hemden aller Art f. Herren u. Damen, Röcke, Blusen, Strümpfe, Kleider, Bettbezüge u. Bettwäsche, bunt u. weiß, Handtücher, Gardinen, Bettfedern Inlett, Drilliche, Hemdentuch. Winter-Joppen, Hosen usw. **Backfisch- u. Damen-Sommermäntel und -Jacketts,** alles zu vorteilhaften Preisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Halle, den 19. Mai 1922

Gegen den Aufmarsch der Reaktion!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die deutsche Bourgeoisie holt auf der ganzen Linie zu neuen entscheidenden Schlägen gegen die werktätige Bevölkerung aus. Dem

Angriff des Unternehmertums auf den Achtstundentag,

auf die minimalen Arbeiterlöhne im ganzen Reiche, soll nun eine politische Kampagne folgen, an deren Ende über den Weg der vollständigen politischen Entrechtung des Proletariats

das altpreußische Säbel- und Mordregiment

steht. Im Reichstage werden Gesetze vorbereitet, die das Koalitionsrecht der Arbeiter, die Rechte der Gewerkschaften, ja sogar das Streikrecht unterbinden sollen.

Die gesamte deutsche Reaktion geht nach einem gut vorbereiteten Plane überall zur Offensive über. In ganz Mitteldeutschland herrscht eine Gewitterschwüle wie vor den Tagen des Kapp-Putsches.

In Halle haben sich die reaktionären Elemente von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zusammengefunden und fordern auch die werktätige Bevölkerung auf zu Kundgebungen am Sonnabend, dem 20. Mai.

Unter der Losung:

„Wer trägt die Schuld an unserm jetzigen Elend?"

wollen sie demonstrieren gegen die sogenannte „Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege".

Das Urteil bayrischer Klassenrichter im Prozeß Fechenbach-Cossmann war das Signal für die nationalistischen Kreise, im verstärkten Maße mit ihrer völkerverhetzenden, militaristischen Propaganda einzusetzen, um dahinter ihre eigne riesengroße Schuld am Weltkriege und unserm jetzigen Elend zu verbergen.

Der Zweck der Kundgebungen dieser Kreise, deren Stütze das reaktionäre Mordbayern ist, ist nur allzu durchsichtig.

Sie wollen das Volk erneut in eine chauvinistische Stimmung versetzen und für ihre dunklen militaristischen Pläne gewinnen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wir fordern Euch auf, die Provokation der Bourgeoisie gebührend zu beantworten, dem geplanten Aufmarsch der Reaktion mit einem

wuchtigen Gegenaufmarsch der revolutionären Arbeitermassen

zu begegnen.

Erscheint am Sonnabend, dem 20. Mai, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" zur

Massenkundgebung

Die Genossen Paul Böttcher-Leipzig (KPD.) und Fechenbach (USPD.) werden sprechen über das Thema:

„Die Lüge von der Unschuld Deutschlands am Weltkriege.

Wer trägt die Schuld an unserm jetzigen Elend?"

Erscheint in Massen!

Nieder mit der Reaktion!

Nieder mit den Stahlhelm- und Orgeschandbriten!

Für die geschlossene kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter!

USPD. Gewerkschaftskartell KPD.

Zum Streik im Handels- und Transportgewerbe

Bereits am gestrigen ersten Streiktag betrug die Zahl der eingeschriebenen Streikenden über Tausend. Heute hat sich diese Anzahl noch beteutend erhöht. Als Notstandsarbeiten werden durchgeführt: Füttern der Pferde, Abfuhr der Milch vom Bahnhof und Abfuhr von Mehl an die Bäckereien. Das Ausfahren von Brot wurde als Notstandsarbeit nicht anerkannt, da solches in allen Bäckereien, Brodfabriken und im Hauptlager des Allgemeinen Konsumvereins zu haben ist. Die Konsumarbeiter haben sich an der Bewegung beteiligt und auch für den Streik mitgestimmt. In der Streikfrage selbst fand heute vormittag vor dem Schlichtungsausschuß ein Einigungstermin für die streikenden Parteien statt, deren Ergebnis am Nachmittag einer Versammlung der Streikenden unterbreitet werden soll. Wie dasselbe ausgefallen ist, war bei Schluß der Redaktion noch nicht bekannt. Jedenfalls werden die Streikenden bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen geschlossen im Kampfe verharren. Bis dahin wird ihnen die Sympathie der Arbeiter- und Angestelltenschaft sicher sein und irgendwelche Streikarbeit, auch von der letzteren, zurückgewiesen werden.

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung

Weiterberatung des Haushaltplanes. — 41 Etats in wenigen Stunden. — Mit 27 : 27 Stimmen der Kirchenetat angenommen. — Schluß der Aussprache über den Haushaltplan am Montag.

In der gestrigen außerordentlichen Stadtverordneten-Sitzung wurde der 34-Millionen-Etat fast ganz zu Ende beraten. Zur Verabschiedung gelangten 41 Kapitel, fast alle ohne besondere Aussprache. Lebhafter wurde es erst, als der deutschnationale Kreisschulinspektor Busse zum Kirchenetat sprach. Genosse Weber wandte sich gegen die hohen Ausgaben und verlangte, daß der ¼-Million-Zuschuß gestrichen werde. Die Abstimmung ergab Ablehnung mit 27 zu 27 Stimmen. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde dann der Etat angenommen. In beiden Fällen gab die Stimme des Vorstehers den Ausschlag. Hier rächte sich das Fehlen einzelner Genossen auf der linken Seite.

Zum Schuletat wurde von unserer Fraktion durch den Genossen Illgenstein ein Antrag eingebracht,

daß die durch Schulgesetz vorgesehenen Freistellen an den Mittel- und höheren Schulen nicht durch 15 Prozent Schulgeberlaß, sondern durch Einrichten von wirklichen Freistellen durchgeführt werden soll. Gelder für freie Lernmittel und Erziehungsbeiträge sind im Etat bereitzustellen.

Die SPD. bewies hierbei wieder einmal ihre Grundsätzlichkeit und stimmte mit den bürgerlichen Parteien dagegen, so daß der Antrag abgelehnt wurde. In der Aussprache rügte Genosse Illgenstein das Verhalten einzelner Lehrer am 1. Mai, die es mit ihren monarchistischen Gefühlen nicht vereinbaren könnten, wenn die Schulkinder, sei es entschuldigt oder unentschuldigt, am 1. Mai den Weltfeiertag mit ihren Eltern feiern. So seien in mehreren Fällen die Kinder dafür bestraft worden. Weiter wünschte er, daß der Religionsunterricht auf die letzte Stunde des Stundenplanes verlegt wird. Eine recht interessante Statistik führte Genosse Illgenstein an, die von der Stadt Halle im Oktober 1920 herausgegeben wurde und beweise, daß Proletarierkinder so gut wie gar nicht die höheren Schulen besuchen können. Danach waren von 3768 Kindern nur 139, die wirklich dem Proletarierstande zugerechnet werden könnten und das Glück hätten, eine bessere Schulbildung für ihr späteres Leben erkaufen zu können. Er stellte weiter fest, daß die Zuschüsse für den einzelnen Schüler der höheren Schulen 5053 Mark, der mittleren Schulen 2907 Mk. und der Volksschulen nur 1386 Mk. betragen. Hieraus gehe hervor, daß auf Kosten der Allgemeinheit die Kinder der reichen Eltern bedeutend mehr begünstigt würden.

Das Stadttheater ist ein Schmerzenskind mit den 3½ Millionen Mark Zuschuß für die bürgerlichen Kultur„förderer". Gestern aber war man nicht geneigt, nochmals zu einer Schließung desselben Stellung zu nehmen. — Beim Etat des Zoologischen Gartens wurde erwähnt, daß die Abonnentenzahl erfreulicherweise im Mai sehr hoch ist, so daß mit 162 000 Mk. Einnahme gerechnet wird.

Als beim Etat des Jugendamts Genosse Illgenstein die Namensänderung der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Augusta-Stiftung beantragte, wurde es plötzlich wieder sehr lebhaft. Nachdem der volksparteiliche Professor Finger sein monarchistisches Herz ausgeschüttet hatte, strömten zur Rettung der edlen Mannen plötzlich aus allen Winkeln alle monarchistischen Stadtverordneten, einschließlich der Demokraten, herbei. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der drei Linksparteien abgelehnt. Vergnügt über ihren groß-deutschen Sieg zogen die edlen Knappen wieder aus dem Sitzungssaale bis auf ein Dutzend ab.

Beim Etat des Wohnungs- und Mieteinigungsamtes wurde von der linken Seite darauf hingewiesen, daß die Sparsamkeit auf Kosten des Personals durchgeführt werden solle. Die Angestellten müßten oftmals Arbeiten mit nach Hause nehmen, was auf die Dauer nicht geduldet werden dürfe. Auch über die Entlassungen und Neueinstellungen wurde Beschwerde geführt. Der Etat wurde genehmigt.

Zum Etat der Schuldenverwaltung wurde angeführt, daß Halle „gesunde" Finanzen habe, da ja nur die Kleinigkeit von lumpigen 150 Millionen Papiermark Schulden vorhanden wären. Genosse Illgenstein betonte, daß die Finanzen der Stadt ganz anders aussehen würden, wenn die Herren der Rechten mit dem Eigentum der Stadt nicht geradezu Vetternwirtschaft trieben. Doch die frohe Kunde von den gesunden Finanzen hatte man beim nächsten Kapitel anscheinend schon vergessen, denn Herr Busse wollte eine Balancierung des Hospitaletats nur dadurch herbeiführen, daß die freiwerdenden Hospitalstellen nicht mehr besetzt würden. Dieser Vorschlag ging selbst den bürgerlichen Stadtverordneten zu weit. Genosse Günther beantragte, daß die freiwerdenden Stellen wieder besetzt werden. Dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Ein Antrag des Genossen Illgenstein, daß die diesjährigen Zuschüsse für alle selbständigen Stiftungen hypothekarisch eingetragen werden sollen, wurde ebenfalls angenommen. Die Etats über Grundeigentum, Steuern und Abgaben, allgemeine Verwaltung, Arbeiterlöhne und Bereitstellung von weiteren Mitteln zur Abbürdung der Baukosten-Ueberteuerung, wurde bis auf Montag vertagt.

„Klassenkampf"-Werbung am 21. Mai

Parteigenossinnen und -genossen! Der kommende Sonntag muß dem „Klassenkampf" für Monat Juni neue Leser bringen, trotz der abermaligen Abonnementspreiserhöhung, die jeder Zeitungsverlag vornehmen muß. Jeder Arbeiter muß erkennen, welche Waffe seine Presse im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft darstellt, und sie zu stärken muß unsere Aufgabe sein.

Die Funktionäre in Halle erhalten am Sonnabend vom Verlag die Adressen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zugestellt, die noch nicht „Klassenkampf"-Leser sind. Die mit einem * bezeichneten Namen sind Leser unserer Zeitung, brauchen also nicht besucht werden. Derjenige, der als neuer Leser gewonnen wird und für Juni sofort den Abonnementsbetrag von 25 Mark entrichtet, erhält den „Klassenkampf" vom 22. bis 31. Mai gratis zugestellt. Die Bestellung wie der Betrag muß uns umgehend zugestellt werden.

Unsere Distriktsführer weisen wir besonders darauf hin, daß unser Listenmaterial dem Verlag unbedingt zurückzuerstatten ist, damit eine spätere Prüfung vor sich gehen kann. Wir bitten, dies dringend zu beachten. Jeder Genosse bringe einen neuen Leser.

Verlag Klassenkampf.

Sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses

Eine Mitgliederversammlung der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Gruppe Staat und Kommune) in Halle hat folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gruppe Staat und Kommune, ersucht die Zentralen der SPD., USPD., KPD., des ADGB. und der Afa, in Anbetracht der wirtschaftlichen Nöte der werktätigen Massen zur sofortigen Einberufung des internationalen Weltkongresses sich die Hände zu reichen."

Der Schrei nach Severing

Die Wahl des Genossen Grabow zum Landrat des Saalkreises hat die bürgerliche Presse im Reiche in Schrecken und Aufregung versetzt. Diese fürchterliche Tatsache ist schon durch das ganze Reich gesunkt worden. Das Düsseldorfer Stinnesblatt, die „Düsseldorfer Zeitung", schreibt dazu folgendes:

„Mit dieser Wahl ist in dem industriell außerordentlich stark durchsetzten Saalekreis tatsächlich der Bock zum Gärtner gemacht. Denn damit ist der radikalen Verhetzung Tür und Tor geöffnet. Was sagt Herr Severing, der Innenminister, zu dieser Wahl. Wird er die Wahl bestätigen?"

Die Kapitalisten wissen also ihre Interessen bei Severing so gut gewahrt, daß sie es für selbstverständlich finden, daß Severing der Wahl des Genossen Grabow die Bestätigung versagt. Severing wird seinen guten Kuf bei den Kapitalisten wahren.

Lohntafel des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes

Der Lohn beträgt vom 1. bis 31. Mai für Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahre in der Lohnklasse

1	2	3	4
17,00 Mark	16,35 Mark	16,00 Mark	11,00 Mark

Vom 1. bis 15. Mai kommt ein Zuschlag zu diesen Löhnen von 50 Pfennig pro Stunde, vom 16. bis 31. Mai ein Zuschlag von 1 Mark. Verheiratete sowie Frauen als alleinige Familienernährer erhalten ein Hausstandsgeld von 1 Mark, für jedes Kind 50 Pfennig für die Stunde. Die Lohnsätze der jugendlich männlichen und weiblichen Arbeiterinnen vom 16. April werden ab 1. Mai in allen Lohnklassen um 25 Prozent erhöht.

Kommunistische Bauarbeiter!

Heute abend 7½ Uhr wichtige Besprechung in der Produktiv-Genossenschaft.

*** Achtung, Sprechzeit der Redaktion! Die Redaktion des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstraße 14, hat Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr mittags und von 4 bis 5 Uhr nachmittags.**

*** Noch einmal „Unabhängige Enthüllungshysterie".** Zum gestrigen Wutausbruch der „Volkszeitung" stellen wir fest: 1. Die fraglichen Dokumente sind aus unserem Sekretariat nie weggeschickt worden. 2. Infolgedessen sind sie von dort gestohlen worden. 3. Die Behauptung der „Volkszeitung", daß die Dokumente von „mehreren Empfängern" stammen, ist eine bewußte Lüge. 4. Im Falle die „Volkszeitung" die „Dokumente" von einer Gewerkschaft erhalten haben sollte; dann hat diese eben mit „Klemm und Lange" gearbeitet. Wir fordern die „Volkszeitung" auf, die Namen der Gewährsmännen dieser Gewerkschaft zu nennen, damit vor der proletarischen Oeffentlichkeit festgestellt wird, wer „moralisch" gehandelt hat, die „Volkszeitung" oder wir.

*** Heuchelei!** Am vorigen Sonnabend zog durch die Fleischerstraße ein Lehrer mit seinen 6jährigen Schülern nach dem Botanischen Garten. Einige Kinder am Ende des Zuges sangen die „Internationale". Schmok macht daraus einen Gesang der ganzen Klasse unter Aufsicht des Lehrers. Da dieser Lehrer ein Sozialist ist und nicht gleich mit dem Rohrstock losprügelte, so richtet die gesamte bürgerliche Presse scharfe Angriffe gegen den Lehrer Leich mit dem Zweck, die Entlassung des Lehrers herbeizuführen. Wenn aber die Kinder „Heil Dir im Siegerkranz" oder „Deutschland, Deutschland" gesungen hätten, dann hätte die Hakenkreuz-Presse kein Wort gesagt, das hält sie in der Republik und von einem republikanischen Lehrer für selbstverständlich. Die Arbeiterschaft muß aus dem Vorgehen der Reaktion lernen und mit der gleichen Rücksichtslosigkeit, mit der gleichen Brutalität gegen die monarchistischen und reaktionären Lehrer, die unsere Kinder zu willenlosen Sklaven der kapitalistischen Despotie machen wollen, vorgehen.

*** Weiteres Material für Dölz.** Am Dienstag mittag spielten einige Kinder vor der Glauchaschule. Da Kinder die obrigkeitlichen Gesetze meistens mißachten und auf allen Plätzen spielen, die ihnen zugänglich sind, so waren sie auch hier in den durch ein niedriges Geländer abgezäunten Teil vor der Glauchaschule (keine Rasenfläche) gelangt. An Sipobeamter verjagte die Kinder und lief dann hinter zwei sechsjährigen Mädchen her, die er dann an den Ohren zog und ihnen ein paar kräftige Backenstreiche verabfolgte, so daß die kleinen Gesichter ganz rot waren. Wir gehen auch diesen Vorfall Herrn Dölz zur Kenntnis und sind davon überzeugt, daß er den betreffenden Beamten zur Rechenschaft ziehen wird.

*** Ironie.** Allgemein glaubt man, daß Personen und Sachen nirgends sicherer sind als in der Nähe der Polizei. Daß aber der grüne Rock, der schwarze Tschako, der Säbel und die Pistole keinen genügenden Schutz bieten, das mußte der Polizeiwachtmeister des 10. Polizei-Reviers erfahren, dem eines Nachts in der unmittelbaren Nähe des Wachtlokales sämtliche Hühner gestohlen wurden.

*** Eine Bezirksleitungssitzung** findet morgen nachmittag 3 Uhr statt.

*** Kommunistische Kindergruppe!** Durch die letzten Ausflüge angeregt, werden vorläufig folgende Ausflüge unternommen: Am 25. Mai (Himmelfahrt) Gemeinsamer Ausflug nach der Bischofswiese zur Unterhaltung der Kriegsinvalieden. Am 2. Pfingstfeiertag eine Tagestour nach dem Petersberg. Am 18. Juni nach Burg Liebenau oder Merseburg. In jeder Gruppe hat im Monat eine Mitgliederversammlung stattzufinden. Vom 1. Juni wird ein Vierteljahrsbeitrag von 1 Mark für jedes Mitglied erhoben.

*** Betriebsräte und Gewerkschaftskontrolleure.** Heute (Freitag) abend Fortsetzung des Kursus: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus" (Zenssen) im städtischen Lyzeum, Alte Promenade. Beginn 8½ Uhr.

*** Arbeiter-Bildungsausschuß.** Mehrfachen Wünschen entsprechend soll Goethes „Faust" am Freitag, dem 26. Mai, nochmals im Stadttheater aufgeführt werden. Vorbestellungen auf Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen nimmt bis Montag, den 22. Mai, das Arbeiter-Sekretariat, Harz 42/44, entgegen.

*** Bandoniumorchester-Vereinigung „Ideal"** veranstaltet am Sonnabend, dem 20. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saal des „Volksparkt", ein Vergnügen. Der Reinertrag fließt der „Roten Hilfe" zu.

*** Quartiere gesucht.** Alle Genossen, die für eine Nacht einen Bezirksdelegierten aufnehmen können, wollen heute ihre Adresse im Ortssekretariat abgeben.

*** Wem gehören die Stiefel?** Am 14. Mai sind in einer Laube zwei verschiedene Damenschnürstiefel, von denen der rechte frisch besohlt ist, aufgefunden worden. Die Stiefel dürften gestohlen sein. Der Geschädigte wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei Zimmer 37, zu melden. Dort liegen die Stiefel zur Ansicht aus.

*** Aus dem Polizeibericht.** In letzter Zeit sind in verschiedenen Geschäften Diebstähle durch Zertrümmern der Schaufensterscheiben vorgekommen. So wurde in der Nacht zum Donnerstag, gegen ½2 Uhr die seitliche Schaufensterscheibe im Grundstück Leipziger Straße 73 eingeschlagen. Weiter wurden in der Nacht zum 18. Mai in der Leipziger Straße und auf dem Marktplatz je eine Schaufensterscheibe eines Konfektionsgeschäfts von noch unbekannten Tätern eingeschlagen. Gestohlen wurde nichts.

Rietleben

Mit den Mißständen bei der Portland-Zementfabrik „Saale" haben wir uns in letzter Zeit schon öfter beschäftigen müssen. Der „Herr Hauptmann" möchte gar zu gern herausbekommen, wer die Oeffentlichkeit gegen die Mißstände mobil macht. Jetzt versucht die Direktion, durch ein ausbeuterisches Prämiensystem die Profite zu steigern. Am 31. März war der Tarif mit 11,30 Mk. Stundenlohn abgelaufen. Der Fabrikarbeiterverband stellte darauf eine Forderung von 16 Mk. Nachdem über diese Forderung keine Einigung erzielt werden konnte, die Preise aber weiter in die Höhe kletterten, wurde eine Forderung von 21 Mk. gestellt. Das Ergebnis der Verhandlungen war: ab 1. April 16 Mk., ab 1. Mai 17 und ab 15. bis 30. Mai 18 Mk. Mit diesem Ergebnis aber waren die Arbeiter nicht zufrieden. Die Direktion kam den Arbeitern „entgegen" und setzte eine Pflichtleistung fest; und will für jeden weiteren Wagen 3 Mk. Prämie zahlen. Das Vorgehen der Direktion hat die gesamte Arbeiterschaft mobilgemacht. Sie lehnen dieses Prämiensystem ab. Die Direktion glaubt, sie habe eine willenlose Arbeiterschaft vor sich. Von diesem Irrtum wurde sie vor einigen Tagen durch den entschlossenen Willen der Arbeiter gründlich kuriert, als ein Genosse durch einen der vielen Antreiber, die hier herumlaufen, entlassen werden sollte. Als die Direktion sah, daß es die Arbeiterschaft mit ihrer Drohung ernst meinte, die Entlassung des Arbeitskollegen nicht zuzulassen, lenkte sie schnell ein. Arbeitskollegen, durch Einigkeit erreichen wir alles. Darum schließt Euch zusammen und kämpft gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat gegen weitere Ausbeutung und Verelendung.

Hallische „Klassenkampf"-Leser!

Die freiwilligen Spenden für den „Klassenkampf" werden in unserem Verlage, Lerchenfeldstraße 14, in der Zeit von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr entgegengenommen. Unterstützt Eure Presse!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroß; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Mitglied Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0005

Die freiwillige „Klassenkampf"-Spende

überweist man am besten durch **Zahlkarte: Postscheckkonto Leipzig, Nr. 1068 48, Fritz Kroh, Halle (Saale).** Leser, gehe zur Postanstalt!

Aus der Provinz

Bezirksparteitag

Der Bezirksparteitag für den Bezirk Halle-Merseburg findet Sonnabend und Sonntag, den 20. und 21. Mai, in Halle statt.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. **Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung.**
2. **Die weltwirtschaftliche und politische Lage. Referent Genosse Schneller.**
3. **Die Taktik der Partei und der Internationale. Referent Genosse Schoenlank.**
4. **Bericht über den Stand der Produktiv-Genossenschaft. Referent Genosse Kroh.**
5. **Wahlen der Bezirksleitung und des Bezirksausschusses.**

Die Verhandlungen beginnen am Sonnabend, dem 20. Mai, pünktlich 5 Uhr nachmittags im Saale der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14. Außer den Delegierten und der Bezirksleitung sind eingeladen die Unterbezirksleiter, die Redakteure, die Abgeordneten für den Reichstag und Landtag und die Vertreter des Zentralausschusses.

Mit kommunistischen Gruß

Bezirksleitung Halle-Merseburg.
J. A.: Georg Schumann.

Die neue preußische Städteordnung

Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. — Wiedereinführung des Dreiklassenwahlsystems!

Von Iwan Katz.

I.

Der vorläufige Entwurf der **Preußischen Städteordnung** (veröffentlicht in Nr. 76 des „Deutschen Reichs- und Staatsanzeiger") stellt alles in den Schatten, was an gesetzgeberischen Schandtaten vom preußischen Polizeiminister Severing bisher verübt worden ist. Die Städteordnung ist seit der Revolution die erste innenpolitische Gesetzgebung von Bedeutung. Nach langem Zögern, stetem Verändern, emigem Hin und Her, kommt sie nach 3½ Jahren endlich heraus. Und diese Verzögerung ist zu begreifen. Eine Städteordnung soll im Ganzen und im Einzelnen die Norm geben, wie in den Tausenden von Städten des Landes verwaltet werden soll. Für zahllose Einzelfälle muß sie ganz präzise Anweisungen geben. Dabei ist ein Vertuschen und Verschleiern der Absichten unmöglich. Hier muß Farbe bekannt werden. Hier muß sich das Gesicht der neupreußischen „Demokratie" selber enthüllen. Und dieses Gesicht ist in der Tat nun erkennbar geworden: es entpuppt sich als die scheußliche Fratze der auf Schupobajonette und Arbeitermetzelung gestützten **herrschenden Klasse.**

Die Blutiaten und furchtbaren **Vergewaltigungen des Proletariats** in der jungen „Demokratie" konnte man weiten Arbeitermassen bisher immer noch als „Ausnahme"-Erscheinungen dieser „Demokratie" weismachen, an denen eigentlich sogar die bösen Kommunisten schuldig seien, die Ruhestörer, welche die im Entstehen begriffene „Demokratie" nicht zu sich „selbst" kommen ließen; die „eigentliche" Demokratie sei ganz anders, sei eine friedliche arbeiterfreundliche Entwicklung. Der Entwurf der neuen preußischen Städteordnung, der Gesetze, nach denen nach dem Willen der Regierung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten „friedlich" gearbeitet werden soll, beweist, daß die Herrschaft der Bourgeoisie, daß die Vergewaltigung und Niedermetzelung der Arbeiterklasse zum tiefinnersten Wesen dieser Demokratie gehört.

Selbst in Hinsicht auf **formale Demokratie** bleibt der Verfassungsentwurf der preußischen Regierung weit hinter sämtlichen Städteordnungen zurück, die in der Metternichschen Zeit des Vormärz und der Zeit der Konterrevolution vom Herbst 1848 an erstanden, „allerhöchst verliehen" oder „revidiert" worden sind. Zwischen der Stein-Hardenbergschen Reform von 1808 und der Severingschen Städteordnung von 1922 klafft ein ganzer Abgrund. Der Vorsitzende des Hauptausschusses des Preußischen Städtetages, Stadtdirektor a. D. Tramm, hat veröffentlicht, daß sich als der letzte Bearbeiter des Entwurfs der Präsident des Preußischen Landtages, Leinert, bekannt hat. So steht der Entwurf auch aus. Was dieser Arbeiterfeindlichster und offener Kapp-Rebell in seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, als Präsident des Preußischen Landtags und Oberbürgermeister von Hannover auf dem Gebiete der **brutalen Vergewaltigung** von revolutionären Minderheiten, des Einsatzes von Militär gegen demonstrierende Arbeiter und aller Mittel abgesehener Demagogie und geschäftsordnungsmäßiger Schiebungen und Erfahrungen gesammelt hat, findet sich in dem Entwurfe restlos wieder, vermischt mit den Gerissenheiten Severings, des „Verräters von Bielefeld", des Provokateurs der Märzaktion. Der ganze Entwurf mit allen seinen 128 **Paragraphen** ist ein einziges Antikommunistengesetz, **ein Ausnahmegesetz gegen das werktätige Volk.**

Seinen kennzeichnenden Ausdruck findet dieser Ausnahmecharakter in der **Aufhebung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und der Wiedereinführung des Dreiklassenwahlsystems.** Der Entwurf unterscheidet drei Klassen von Wählern: 1. gewöhnliche Proletarier, 2. selbstäte Proletarier und Kleinbürger, 3. Grundbesitzer und Gewerbetreibende. Die erste Klasse von Wählern, **das eigentliche Proletariat, ist vom Wahlrecht völlig ausgeschlossen.** Nur die **Seßhaftigkeit** von mindestens sechs Monaten im gleichen Stadtgebiete gibt nach § 15 ein einfaches Wahlrecht. Jeder Arbeitsnachweis jedoch hat es in der Hand, alle seßhaften, ihm unsympathischen „Elemente" durch Vermittlung in eine Nachbargemeinde in die unterste Wählerklasse hinabzustoßen und damit des Wahlrechts zu berauben. Jeder kommunistische Kandidat aus den Erwerbslosenreihen ist damit von vornherein so gut wie erledigt. Auch alle „versetzten" Beamten gehen ihres aktiven Wahlrechts verlustig. Während das eigentliche Proletariat von der wirtschaftlichen Not heute hierhin, morgen dahin geworfen, so des Wahlrechts völlig beraubt ist, will Severing dafür **den Großgrundbesitzern und Großindustriellen ein Mehrstimmenwahlrecht** verleihen. Nach § 20 kann durch Gemeindebeschluß irgendeiner Stadt die Wählbarkeit jedem verliehen werden, der für sich oder andere in dem Stadtgebiet **Grundbesitz** bewirtschaftet oder ein Gewerbe betreibt, **auch wenn er nicht am Orte wohnt!** Großgrundbesitzer, die in vielen Städten Villoten besitzen, können also in jeder dieser Städte gewählt werden und mithin ein **zwanzig- oder gar hundertfaches Wahlrecht** erhalten.

Doch nicht genug mit dieser Freiheit! Das **Zweikammersystem,** im alten Erfurter Programm so scharf bekämpft, wird in der neuen Städteordnung „verankert". Wo eine Mehrheit dafür zu haben ist, bleibt ohne weiteres das Zweikammersystem (§§ 17, 108). Die Forderung des Erfurter Programms auf zweijährige Legislaturperiode haben Severing-Leinert durch die **vierjährige Legislaturperiode** (§ 24) realisiert. Der Magistrat, das Oberhaus, hat das Recht, die Stadtverordnetenversammlung einzuberufen, wenn es ihm paßt (§ 27). Die Stadtverordneten haben zu gehorchen. **Die Oeffentlichkeit der Sitzungen wird aufgehoben.** Für jeden Punkt kann jederzeit durch einfachen Mehrheitsbeschluß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden (§ 32). Selbst die Beschlußfassung über die Ausschließung der Oeffentlichkeit erfolgt schon auf einfachen Antrag eines einzigen Mitgliedes ohne Geschäftsordnungsdebatte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit (§ 32). Da die Sozialdemokraten gerne ihre Volksausplünderung bei der Erhöhung von Gas- und Elektrizitätspreisen, ihren Verrat beim Verkauf von städtischen Betrieben an Private, bei Entlassung von Arbeitern und Angestellten usw. im geheimen betätigen, ist nach dem Beispiel von Hannover damit zu rechnen, daß sie alle diese Dinge in Zukunft gemeinsam mit den Bürgerlichen hinter verschlossenen Türen verhandeln und nur ganz belanglose Dinge für die öffentlichen Verhandlungen übriglassen. Oeffentliche Kritik wird mit dieser Bestimmung jeder Minderheit unmöglich gemacht.

Nach § 35 dürfen Stadtverordnete, nach § 46 Magistratsmitglieder nicht an der Beratung (!) und Abstimmung über Beschlüsse teilnehmen, wenn ihr Interesse oder das ihrer Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten (!) Grade von dem der Stadt abweicht. Ob dieser Fall gegeben ist, entscheidet wer? Die Mehrheit der Stadtverwaltung! Bei Lohnforderungen der städtischen Arbeiter wird man mit diesem Paragraphen alle städtischen Arbeiter, bei Erwerbslosenfragen **alle proletarischen Stadtverordneten aus dem Saale hinauswerfen können.** Daß man mit solchem Fall rechnet, bezeugt Absatz 2 des § 35, der lautet: „Wird die Versammlung aus diesem Grunde beschlußunfähig (es müßte dazu mehr als die Hälfte aller Stadtverordneten hinausgeworfen sein!), so beschließt an ihrer Stelle die Beschlußbehörde." Auch das noch! Erhebt ein proletarischer Abgeordneter gegen solchen Hinauswurf oder eine andere Gemeinheit Protest, oder gebraucht er sonst eine Redewendung, welche der Mehrheit als „wiederholte Zuwiderhandlung gegen die **„Ordnung"** erscheint, so kann diese ihn nach § 38 **bis zur Dauer von drei Sitzungstagen von den Sitzungen ausschließen.** Der Stadtverordnete kann gegen diesen Ausschluß zwar im Verwaltungsstreitverfahren (!) Klage erheben, was frühestens in Monaten zu einer Entscheidung führt; aber aufschiebende Wirkung hat diese Klage nicht, der Stadtverordnete bleibt draußen. Dieser Paragraph bietet fürwahr eine glänzende Möglichkeit, auch noch diejenigen proletarischen Stadtverordneten loszuwerden, die trotz des Dreiklassenwahlrechts in die reaktionäre Versammlung eingedrungen sind.

Obstruktion der Linken im Sangerhäuser Kreistag

Der Etat abgelehnt. — Die Auflösung des Kreistages in Sicht. — Wie ein Landrat wohnt.

Aus Sangerhausen wird uns geschrieben:

Eine vorzügliche Einleitung zur letzten Sitzung des Kreistages wurde gegeben durch eine von allen drei Arbeiterparteien und vom Gewerkschaftskartell, einberufene Versammlung am Dienstagabend im „Schützenhaus".

5 Millionen Mark für die Sipowohnungen — Nichts als Worte für die Arbeiterwohnungen, diktierte die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit. **50 000 Mark Liebesgaben für den Landrat — Dafür Auflösung und Abbau des Kreiswohlfahrtsamts. Zirka 300 qm Wohnungsfläche für den ledigen Landrat — Kaum 10 qm Wohnungsfläche für eine köpfige Arbeiterfamilie.**

Diese Fragen und die Vorgänge im letzten Kreistag wurden erörtert. Die überfüllte Versammlung bot einen selten einmütigen Charakter. Die Versammlung war ein glänzender Auftakt zur Kreistagssitzung. Die Empörung über die skandalösen Zustände im Kreise, unter glorreicher Führung bürgerlicher Gladiatoren, stelle man sich vor, als in der Versammlung zur Sprache kam, welche Räume dem Herrn Landrat im Kreishause zur Verfügung stehen. Nachstehende Aufstellung diene zur Orientierung:

Herrenzimmer	38,80 qm
Salon	44,80 „
Damenzimmer	27,84 „
Speisezimmer	46,70 „
1. Schlafzimmer	28,32 „
Küche	25,60 „
Badezimmer	12,37 „
Speisekammer	12,37 „
2. Schlafzimmer	28,32 „
Anrichte	9,— „
Diele	49,08 „
Korridor	25,— „
Mädchenzimmer	9,— „
Ankleidezimmer	16,68 „
Kinderzimmer	27,50 „
2. Mädchenzimmer	11,80 „
Plättstube	16,50 „
Bodenstube	52,82 „
Schlafzimmer	22,— „

Unter diesen Voraussetzungen lag eine dementsprechende Schwüle über der Sitzung des Kreistages. Vor Eintritt in die Tagesordnung entwickelte sich ein sehr scharfes Rededuell zwischen den Vertretern der Linken und dem Renegaten Kleine, ehemaligen „Kommunisten", der von unserer Fraktion ausgeschlossen worden war, sein Mandat niederzulegen, welcher Aufforderung er aber nicht nachkam. Unsere Fraktion gab hierzu eine Erklärung ab, in der gesagt ist, daß Kleine sich als Gegner sozialistischer und kommunistischer Arbeiter entpuppt habe, daß seine Veröffentlichung in der Presse unwahr sind, und daß, solange Kleine sein Mandat nicht niederlegt, Obstruktion im Kreistage getrieben wird.

Herr Kleine hatte die Stirn, mit einer unsagbaren Kühnheit die Vertreter der Arbeiterschaft zu provozieren. Die niedrigsten Anwürfe gegen Personen und Parteien waren ihm seit genug, sich noch mehr zu entlarven. **„Einer Partei, die einen Kurt Franke bei sich hatte, der die Arbeiter ins Unglück gestürzt hat und von seiner achtjährigen Zuchthausstrafe durch irgendwelche Mittelchen, die ich nicht weiß, zu zwei Jahren Festung begnadigt wurde, ein Individuum Hempel hat, der vielleicht dasselbe tut, und jetzt die KPD. führt, kann ich nicht angehören." „Kaisarek und Eise-Nordhausen haben versucht, auch mich aufzuputschen, um mich zu solchen Taten hinzuweihen."** Die an Frechheiten nichts zu überbietenden Redensarten gipfelten dann in den Worten: **„Ich werde mein Mandat nicht niederlegen."**

Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erhielt der „Herr" dann seine „Wäsche" von den Kreistagsabgeordneten Hühnerbein-Artern (USPD.), Bechschmidt (KPD.), Riese (KPD.) und Gründlich (SPD.). Der Herr, der es wagte, Arbeiterkindern Lohnunterricht zu erteilen, besitzt selbst nicht das politische Moralgefühl, das von einem anständigen Menschen verlangt wird. Die Hiebe saßen, denn der „tapfere Streiter" zog es vor, noch während der „Obstruktionstagung" abzuziehen. Nach den Erklärungen der SPD.- und USPD.-Fraktionen wurde in die in vergangener Sitzung eingesetzte Obstruktion eingetreten. Vertagungsanträge zu jedem Tagesordnungspunkt, Ablehnung aller Forderungen des Kreises. (Nur der Anzug für den Landratschauffeur wurde bewilligt, da ihn dieser bisher aus seiner Tasche bezahlen mußte.) Die Forderungen für die Schupo wurden auf Antrag des Herrn Gerth grundsätzlich behandelt. Nach den Erklärungen der Fraktionen wurden diese von den Vertretern der Arbeiterschaft grundsätzlich abgelehnt. Der Gesamtetat fiel ebenfalls unter das Beil der Ablehnung, worauf der Landrat die Sitzung schloß.

Die Situation ist kurz folgende: Durch Ablehnung des Etats und der wichtigsten Forderungen wird und muß der Landrat die Regierung zu Rate ziehen. Diese wird einen Notetat einführen und dadurch den Kreistag zur Auflösung bringen.

Die Landarbeiter wohnen in Schweineställen!

Wenn wir das Elend der Landarbeiter in unserer Presse schilderten und die Landarbeiter aufforderten, dagegen anzukämpfen, dann wurden wir von den verschiedensten „Freunden", die uns bei jeder Gelegenheit anpöbeln, verdächtigt, lediglich aus Agitationsgründen Kritik zu üben und die Landarbeiter systematisch aufzuhetzen. Wie übel die letzteren dran sind, beweist jetzt eine Schilderung eines Kreisleiters des DVB., die dieser in der Presse veröffentlicht und in der es u. a. heißt:

„Wir hatten Gelegenheit, einmal die Wohnungen der Landarbeiter in den beiden Mansfelder Kreisen, nein, „Wohnungen" ist wahrhaftig zu viel gesagt, die — Schweinställe zu besichtigen. Elendere Bilder kann man sich kaum denken. In einem Falle hausten in einer Stube neun Personen, die darin nicht nur wohnen, sondern schlafen und auch kochen mußten. Als Küche diente eine alte Räucherkammer, die einem Schornstein gleicht. Die Wände in den Stuben sahen derartig schwarz aus, daß man ohne weiteres annehmen kann, daß sie Jahrzehnte überhaupt nicht gemeißt worden sind. Die Oefen qualmen, an frische Luft wäre nicht zu denken, wenn die Fensterscheiben ganz wären. Gedielt sind die Stuben nicht, so daß die Löcher auch keine Wärme haben. Größere Kinder sind gezwungen, unter dem Dache zu schlafen. Eine Treppe zum Boden ist meistens nicht vorhanden. Wo sie da ist, muß man stets einen Arzt in der Nähe haben, weil man das Gefühl hat, nicht ganzbeinig herunterzukommen. Verschließbar sind diese Böden nicht. Meistens sind die Dächer entzwei, so daß die an solchen Stellen kampierenden armen Geschöpfe jeden Witterungshärten ausgesetzt sind. Ueber den Hof kann man nur in langen Stiefeln gehen, weil man stets fürchten muß, daß Pantoffeln und Schuhe im Morast stecken bleiben. In der Mitte des Hofes ist ein großes Sumpfloch, die Abortgrube. Obwohl den Herren Krautjunkern der abgeschlossene Tarifvertrag bekannt ist, scheinen sie gerade diejenigen Paragraphen zu übersehen, welche die Wohnungsverhältnisse regeln."

Der Artikelschreiber betont dann, daß der DVB. schon öfters seine „warnende Stimme" ertönen habe und erwartet von den Kreiswohlfahrtsämtern, daß sie hier endlich einmal durchgreifen. Mit der „warnenden Stimme" ist nichts getan; damit ist den Landarbeitern, wie die Vorgänge beweisen, nicht geholfen. Die Vertreter des DVB. sitzen doch mit den Agrariern immer an dem grünen Verhandlungstisch zusammen, und da der Tarifvertrag auch die Regelung der Wohnungsfrage vorsieht, entsteht die Frage, warum nicht längst energisch durchgegriffen worden ist. Die Agrarier wohnen durchaus sehr gut und haben reichlich Wohnräume zur Verfügung, aber ihre Arbeiter müssen in Schweineställen hausen. Wo bleibt die Zwangseinquartierung in den Palästen und Wohnhäusern der Agrarier? Wenn die Paragraphen bezüglich der Wohnungsverhältnisse in dem Tarif lediglich auf dem Papier stehen, so ist damit nichts getan. Der DVB. hat die Pflicht, für die Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu sorgen und es wird allerhöchste Zeit, daß die Landarbeiter menschenwürdige Wohnungen bekommen. Also heraus aus den Schweineställen!

Schkeuditz

Lohnstreik. Seit Dienstag mittag befinden sich die Fehschweifdreher und -Arbeiterinnen der hiesigen Fehschweiffabriken im Ausstand. In Frage kommen 200 bis 250 Beteiligte. Es handelt sich um Lohnforderungen, die von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind.

Düben

Aus der Partei. Die Monatsversammlung unserer Ortsgruppe am 15. Mai litt an zu schwachem Besuch. Der Montag ist nun einmal ein schlechter Versammlungstag. Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die Vorstandswahl. Der bisherige Vorsitzende, Genosse Görner, wurde abgelöst durch den Lagerhalter des Konsumvereins, Genossen Klitz. Die Wahl des Kassierers fiel auf den Geschäftsführer des Konsumvereins, den Genossen Mieth. Zum Schriftführer wurde Genosse Rasenberger bestimmt und schließlich wurde noch ein Genosse mit der Berichterstattung an den „Klassenkampf" beauftragt. Die schlechte Geldlage machte die Wahl eines Delegierten zum Bezirksparteitag in Halle leider unmöglich, doch soll für die nächste Monatsversammlung ein Referent angefordert werden, der ausführlichen Bericht darüber gibt. — Den Abend beschloß ein Vortrag des Genossen Becker (Bitterfeld) über: „Rußland—Deutschland—Genua" und die Annahme einer Resolution zum Arbeiter-Weltkongreß.

Eisleben

Die Eislebener Bauarbeiter zum Verbandstag. Eine am Mittwoch stattgefundene Bauarbeiterversammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heute im „Volkshaus" versammelten Bauarbeiter verurteilen aufs schärfste das Vorgehen des Hauptvorstandes des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes auf dem Verbandstage in Leipzig. Sie verlangen vom Hauptvorstand die sofortige Wiederaufnahme der widerrechtlich ausgeschlossenen Kollegen Bösch und Walter. Die Gesamtsituation erfordert ein einiges Zusammenstehen aller Erwerbstätigen. Da durch das Vorgehen des Hauptvorstandes auf dem letzten Verbandstage in Leipzig die werdende Einheitsfront auf das schlimmste sabotiert wurde, fordern wir auf dem schnellsten Wege eine Nachricht vom Hauptvorstand, ob er gewillt ist, unseren Forderungen nachzukommen. Falls dieses nicht bis zum 1. Juni 1922 geschehen sein sollte, werden wir die schärfsten Maßnahmen ergreifen.

Eine Feste der Reaktion. Der Landbund Provinz Sachsen kaufte das Etablissement „Mansfelder Hof" für den Preis von 1½ Millionen Mark, um es seinen Zwecken dienstbar zu machen.

Hohenthalschacht

Proletarierlos. Während des Schichtwechsels riß auf dem Schacht das Führungseil des Förderkorbes. Infolge Anschlagens an das Gestein wurden die Förderkorbtüren sechs Meter unter der Ackerkohle aufgerissen und drei Bergleute stürzten in den Schacht hinunter. Mit zerschmetterten Gliedern wurden sie ans Tageslicht gebracht. Alle drei sind Familienväter, zwei aus Klostermansfeld, einer aus Hergisdorf, deren Angehörige nun mit einigen Pfennigen Rente abgespeist werden, derweil die Dividenden der Aktionäre ständig Jahr um Jahr steigen fürs — Nichtstun! Herrliche Welt! Besonders zu bemerken ist noch, daß unter der Belegschaft eine sehr empörte Stimmung herrscht über die Nachlässigkeit in bezug auf Unfallverhütung.

Nordhausen

Bau eines Stadions. Die Stadtverordnetenversammlung hat 1 Million für ein Stadion und für Sportanlagen (80 Morgen) bewilligt; dazu kommt noch ein für diesen Fall in Aussicht gestellter Staatszuschuß von 300 000 Mk.

Magdeburg

Nach einem „Landfriedensbruch"-Prozeß. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts standen abermals 15 Arbeiter aus Barleben, um sich den „Dank" der Republik zu holen, den sie sich bei der Erzberger-Demonstration um die Erhaltung dieses republikanischen Staates wohl verdient haben, aber das Gegenteil davon empfangen. In einer Partei- und Gewerkschaftssitzung wurde zum Schutze der Republik eine Demonstration beschlossen. Bei dem Landwirt Koch kam es zu einem Zwischenfall durch das provokatorische Auftreten des Inspektors Lottge, der bewaffnet mit Mauserpistole und Stock erschien und jeden mit Totschießen drohte. Im Nu war ihm die Pistole entrissen und er bekam für sein Verhalten ganz gehörig den Wams geklopft. Deswegen hatte man 15 Arbeiter vor das Gericht geschleppt. Alle Zeugen bestätigten, daß die Teilnehmer beim Demonstrationszuge sich sehr anständig benommen haben. Trotzdem wurden die Angeklagten zu mehrmonatigen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Weil Proleten es gewagt haben, gegen eine immer frecher auftretende deutschnationale Mördervereinigung aufzutreten, bekommen sie von den Richtern der allerfreisten Volksrepublik im Namen des „Volkes" derart unerhörte Strafen zudiktiert. Auch dieses Urteil muß dazu dienen, jedem Arbeiter die „wahren Freiheiten" vor Augen zu führen. Jeder muß erkennen, daß wir nur bessere Zustände erhalten, wenn wir das ganze System samt „Volksregierung" beseitigen.

Briefkasten

Mehrere Einsender Nachträglich sind noch einige Maifeierberichte eingegangen, nie nicht mehr veröffentlicht werden können. Solche Berichte müssen rechtzeitig eingesandt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0006

Ein Nachwort zum Deutschen Bauarbeiter-Verbandstag

Der folgende Artikel bringt noch einige interessante Einzelheiten vom Bauarbeiter-Verbandstag, die deutlich beweisen, daß nicht die vielgeschmähten Kommunisten, sondern die Bureaukratie selbst, die Paeplow und Konsorten, die Zertrümmerung der Gewerkschaften eifrig betreiben.

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes war ein Musterbeispiel, wohin die deutsche Arbeiterbewegung gelangt, wenn sie von einer Leitung, wie es die Paeplow und Töpfer sind, geführt wird. Der Verbandstag war einberufen in einer Zeit, in der sich das gesamte Unternehmertum vorbereitet zu einer großen allgemeinen Offensive auf die letzten Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Der Verbandstag setzte sich zusammen aus 240 Angestellten und nur 110 Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis. Diese Zusammensetzung gewährte von vornherein dem Paeplow eine erdrückende Majorität für alle Gewaltpläne. Die Taten des Vorstandes, die beim Geschäftsbericht zu verantworten waren, sind ja allseitig bekannt. Beim Eintritt in die Tagesordnung verlangte die Opposition, daß die ausgeschlossenen Vereine und die ausgeschlossenen Kollegen auf dem Verbandstag sich selbst verteidigen können. Die Zahl der Ausgeschlossenen ist zwar so groß, daß, würde jedem Ausgeschlossenen das Wort gegeben, der Verbandstag etliche Monate dauern würde. Darauf nahmen die Antragsteller auch Rücksicht, indem sie die ausgeschlossenen Kollegen in drei große geographisch getrennte Gruppen zusammenfaßten und für jede Gruppe nur einen Sprecher verlangten. Die Geschäftsordnungsanträge wurden aber von Paeplow glatt unter den Tisch gewischt, obwohl im Statut steht: „Ausgeschlossene Vereine können Beschwerde beim Verbandstag erheben, wo sie sich auch auf Kosten des Verbandes durch ein Mitglied vertreten lassen können." Diese klare Bestimmung des Verbandsstatutes fälschte Paeplow dahin um, daß er den Chemnitzer Verein als aufgelöst bezeichnete, an dessen Stelle sich ein neuer Verein schon gebildet habe, der auch vertreten sei, und damit sei die Sache erledigt. Den 4160 Mitgliedern des ausgeschlossenen Chemnitzer Vereins wurde mit diesem Kniff die Vertretung gestohlen, und die famose Rechtsauslegung wurde von den Angestellten Paeplows auf das lebhafteste applaudiert, wollten doch die getreuen Beamten zum Ausdruck bringen, daß sie gute Diener ihres Herrn und Meisters sind.

Am zweiten Tage fand eine große öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, eine Demonstration der gesamten Leipziger Bauarbeiter zu veranstalten, die durch eine Deputation dem Verbandstag die Forderungen der Leipziger Bauarbeiter überreichen sollte. Am anderen Tage marschierten 3000 Leipziger Bauarbeiter **ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit** auf dem Reichsgerichtsplatz auf und wählten eine Deputation, die nach dem Verbandstag der Bauarbeiter zog, um dort die Forderungen zu unterbreiten. Die Deputation wurde nicht vorgelassen, sondern an der Tür nach langem Verhandeln durch Töpfer noch verhöhnt.

Die Verlegung des Verbandstages nach Altenburg wurde begründet mit der Gefahr einer erneuten Störung. Aber es war eine ganz andere Ursache, die Paeplow veranlaßte, nach Altenburg zu gehen. Er sagte dem Verbandstag, es sei „nur ein Ausflug dahin, an dem wohl die Opposition selbst nicht wünsche teilzunehmen". Diese aber nahm an dem „Ausflug" dennoch teil und konnte dadurch verhindern, daß bei diesem „Ausflug" eine neue Schandtat an der deutschen Bauarbeiterschaft verübt wurde. In Altenburg beschäftigte man sich mit der Frage des Reichstarifes, den Töpfer und Paeplow zur Annahme empfahlen, weil er der „beste Tarif" sei, den man bis jetzt zum Abschluß gebracht habe. Mit 174 Stimmen gegen 153 lehnten aber die Bauarbeiter diesen „besten Tarif" ab, war doch in ihm vorgesehen, daß die Regenstunden, die bisher zum Teil bezahlt werden mußten, nicht mehr bezahlt zu werden brauchen, dafür aber auf Verlangen des Unternehmers nachgearbeitet werden müssen. Die Ferien waren ganz geopfert und die bisher als unzulässig erklärte Akkordarbeit als erlaubt eingeschmuggelt. Drei fette Bissen für das Unternehmertum, drei „kleine" Opfergaben durch die Arbeiter. **Vor allen Dingen die Preisgabe des Achtstundentages dadurch, daß alle Regenstunden nachgearbeitet werden können.** Wer will dann noch kontrollieren, wenn auf einem Bau 10 und 12 Stunden gearbeitet wird, ob man nicht Regenstunden nacharbeitet?

Die Ablehnung dieses famosen Tarifvertrages setzte Herrn Paeplow auch in einen bösen Zorn. Es wäre so nett gewesen, würde die Opposition in Leipzig geblieben sein. Allen künftigen Aerger hätte man sich dadurch erspart (die menschewistischen Blätter rühmen die Altenburger Tagung, vor allem ihren Abschluß, der so harmonisch verlaufen sei. Der letzte Redner war nämlich der Vorsitzende der Beschwerdekommission, der in vollständiger Trunkenheit, ermuntert von den Bezirksleitern, lauter unverständliches Zeug plärrte, bis er unter tosendem Gelächter und Beifall von seinen Genossen vom Rednerpult heruntergelangt wurde).

Freitag wurde die Tagung in Leipzig wieder aufgenommen mit der Bestätigung des Ausschlusses der Kollegen Boeschen und Walter, deren Fälle man aber, als Walter den Saal nicht verließ, der Beschwerdekommission überwies, die den Akt Paeplows so ungeheuerlich fand, daß sie die Nichtbestätigung der Ausschlüsse beim Verbandstag beantragen wollte. Um diesem Antrag zu entgehen, wurde die Tagesordnung des Verbandstages umgestellt und durch Paeplow und die Bezirksleiter ein Druck ausgeübt, unter dem dann mit 200 gegen 145 Stimmen der Ausschluß der beiden Kollegen bestätigt wurde. Durch diesen Beschluß drückte sich der Verbandstag den Stempel des Eunuchentums auf. Die Mehrzahl der Delegierten wußte, daß es ungerecht sei, Boeschen und Walter auszuschließen, aber sie taten es doch, weil der Kommunistenfresser Paeplow es forderte.

In der Frage der Sozialisierung des Baugewerbes (Bauhüttensozialismus) wurde überhaupt keine Diskussion zugelassen. Die Wortmeldungen der Opposition fielen unter den Tisch, die Abstimmungsmaschine setzte ein, und es wurde beschlossen, 5 Prozent der Gesamteinnahme der Organisation für diesen Sozialisierungsersatz zu verwenden, außerdem sollen zum selben Zweck in den Bezirken obligatorische Bezirksbeiträge und freiwillige Beiträge in Höhe von 100 Mark eingeführt werden. Unter tosendem Beifall der Jünger dieses neuartigen Sozialismus wurde ein Antrag an den Gewerkschaftskongreß beschlossen, dieser solle alle Gewerkschaften verpflichten, auch ihrerseits 5 Prozent ihrer Einnahmen für die Bauhütten zu opfern. In Konsequenz dieses Antrages werden vielleicht die Bergarbeiter 5 Prozent für die Sozialisierung des Bergbaues, die Glasbläser 5 Prozent für die Sozialisierung der Glasindustrie usw. alle Verbände für die Sozialisierung ihrer Berufe verlangen. Derselben konfusen Idee wurde auch die Organisationsform angepaßt, aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ist der Baugewerkschaftsbund geworden, eine Sammlung von Organisationen, deren Hauptzweck nicht in der Bekämpfung der Kapitalisten besteht, sondern „in der Vergesellschaftung des gesamten Bau- und Wohnungswesens durch die Bauhütten", aus einer Klassenkampforganisation ist ein Verband für Unternehmungen entstanden, statt Klassenkampf soll der Konkurrenzkampf Wesen und Inhalt der Organisation werden.

Man beschuldigte die ausländischen Gäste, die Leipziger Bauarbeiter zu ihrer Demonstration animiert zu haben, und so wurde am Abend des Demonstrationstages von einer Reihe Organisationsleitern erklärt, „das ausländische Gesindel müßte man aus dem Lande jagen", und der Kollege Tetenka wurde unter schweigender Zustimmung Paeplows beschimpft: „Du Schuft, wenn du morgen noch hier bist, werden wir mit dir Abrechnung halten." So zogen denn auch die ausländischen Genossen ohne Abschied von dieser gastlichen Stätte ab. Sie waren sich klar, daß in den Kreisen der Bureaukraten des Deutschen Bauarbeiterverbandes noch der Geist herrscht, der 1915 im „Grundstein" die Italiener mit Fußtritten in den Hintern bedenken und niemals mehr mit den Engländern an einem Tisch sitzen wollte, wurde doch einem englischen Kollegen „Gott strafe England" zugerufen, worauf dieser erwiderte: „Möge dir Gott verzeihen".

Die deutschen Bauarbeiter werden niemals dulden, daß der auf diesem Verbandstag produzierte Geist dauernde Heimstätte in ihrer Organisation erlangt. Sie werden ihren Kampf fortsetzen, energische und rücksichtsloser wie bisher. Sie werden den Baugewerksbund entlarven als eine Anti-Klassenkampforganisation, sie werden den Bauhüttenschwindel nicht als Sozialisierung deklarieren lassen, sie werden kämpfen, daß die Demokratie im Verband nicht mit Füßen getreten wird, sie werden kämpfen für die Vereinigung aller Bauarbeiter in einer Organisation des Klassenkampfes. **Sie werden kämpfen für eine wirkliche Internationale, in der man die Ausländer nicht als Gesindel bezeichnet, sondern in der man ihnen brüderlich die Hand reicht, um mit ihnen gegen den gemeinsamen Feind zu stehen. Es mögen alle menschewistischen Organe über die Opposition im Deutschen Bauarbeiterverband schreiben was sie wollen, sie werden die Brutalitäten eines Paeplow nicht ungeschehen machen und nicht umlügen können in nützliche Maßnahmen zur Verteidigung der deutschen Arbeiterklasse. Die Beschlüsse des Verbandstages und die Offensive des Kapitals gegen die Bauarbeiter werden allen Kollegen die Augen öffnen, und dann wollen wir sehen, ob die Bauarbeiter Deutschlands größeres Verständnis haben für Paeplows Maßnahmen oder für die von den Kommunisten proklamierten Ziele.**

Sport

Sportlust I.—Reideburg I. spielen heute! Freitag, den 19. Mai, abends ½7 Uhr, auf dem Sandanger. Für Sportlust treten an: Denkewitz, Gräbe, Wolf, Rehnert, Franke, Autem, Eckardt, Bereck, Herold, Böhme, Geißmeier. Ersatz Straube, Sonneberg. Treffpunkt ½6 Uhr „Grüne Tanne". Turn- und Sportverein Reideburg konnte in letzter Zeit mehrere erstklassige Gegner schlagen und spielten am vergangenen Sonntag gegen VfB. Lettin 1:1. Die einwandfreie Spielweise Sportlusts bürgt für guten Sport.

HFC. „Minerva 09". Spiele zum Sonntag, dem 21. Mai: Unsere erste Mannschaft spielt am Sonntag in Jeßnitz gegen den dortigen Fußballklub „Möve", um anläßlich ihres Stiftungsfestes ein Freundschaftsspiel auszutragen, in folgender Aufstellung: Wien, Keller I, Keller II, Siemann, Fritze, Fleischhauer I, Patan, Ziervogel, Fleischhauer II, Schütze und Zeising. Ersatz: Goitsch. Treffpunkt Sonnabend, ¾4 Uhr, am Hauptbahnhof. — Die zweite Mannschaft steht ebenfalls im Freundschaftsspiel „Herta" Lettin I. um 3 Uhr auf unserm Platze gegenüber. Minerva III. steht im Endspiel um die Bezirksmeisterschaft „Fichte" Ammendorf III. auf dem Sportplatz in Wörmlitz gegenüber. Anfang des Spieles 2½ Uhr. Treffpunkt 1½ Uhr an der Böllberger Mühle. Da beide Mannschaften gut in Form sind, ist der Ausgang des Spieles ungewiß. Ein Besuch ist zu empfehlen. Außerdem spielt unsere Jugend gegen VfB. Lettin Jugend um 2 Uhr am Rosengarten. Die vierte Mannschaft trainiert früh 9 Uhr auf eigenem Platz.

Der „Klassenkampf" wird gratis geliefert

in der Zeit vom 22. bis 31. Mai an alle diejenigen, die für **Juni** den „Klassenkampf" **sofort** bestellen und den Betrag von **25 Mark** entrichten. Bestellungen und Abonnementsbetrag nehmen unsere Trägerinnen sowie alle Funktionäre unserer Partei entgegen. Fülle den Bestellschein aus, damit die Zustellung erfolgen kann.

Hiermit bestelle ich vom .... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", den Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau" zum Preise von 25 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____________________

Ort: ______________ Straße: ______________

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnementsgelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dieselben bei der Produktiv-Genossenschaft Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor. Jeden Dienstag u. Donnerstag, abds. 8 Uhr und Sonntags vormitt. 10 Uhr, im „Volkspark": Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr, im „Volkspark": Singestunde.

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel. Vereinslokal: „Lüderitzberg", Reilstr. Jeden Freitag, abends 8 Uhr: Singestunde.

Die Naturfreunde. Stadtheim: Weidenplan. Freitags: Zusammenkft.

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion). Freitag: Kassenstunde im „Volkspark".

Allgem. Arbeiter-Union. (Einheits-Organisation Halle a. d. Saale). Jed. Sonnabend Kassenstunden i. „Volkspark". Jeder muß sich selbst kassieren.

I. Hall. Mandolin.-Orchester. Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaal (Charlottenschule).

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle. Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitgliederversammlung. Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen Zimmer 15: Rechtsauskunft.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle. Lokal: Lüderitz Berg. Sonntag: Nachmittags-Tour. Treffpkt. ½2 U. Lüderitz Berg. Dienstag, 8 bis 10 Uhr: Diskussionsabend. Dienstag, 5 bis 7 Uhr: Kindergruppe. Donnerstag: Uebungsstunde der Musik-Abteilung und Bühne.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle. Jeden Freitag abend 8-10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: Uebungsstunde. Mitglieder werden noch angenommen.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit". Versammlungen: Stern: Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. Vorwärts: Freitag all. 14 Tage. Wanderlust: d. 17. Mai. Sonntag: Bezirksausfahrt Holzweißig. Die Kreisleitung.

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15. Dienstag, den 23 Mai, abends ½8 Uhr, im „Volkspark": Diskussionsabend.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S., Mitgl. d. Arb.-T.-u. Sp.-B. Sonntag, den 21. Mai, im „Florabad", vormittags 9½ Uhr: Anschwimmen. Nachmittag 2½ Uhr, am Riebeckplatz (Most-Eck) Treffen zum Ausflug nach Reideburg. Montag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Techn. Sitzung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich! Mittwoch, den 24. Mai, im Stadtbad, abends 8—9 Uhr: Damenabteilung Uebungsstunde.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle. Sonntag, den 21. Mai: Tour nach Delitzsch. Abfahrt früh 10 Uhr, vom Roßplatz.

Komm. Jugend. Jugendh.: Rathausst. 16. (Geöffnet v. ½7 Uhr an. Freitag: Vortrags- und Diskussionsabende in der Tor- und Giebichensteinschule und im Heim. Sonnabend: Werbefahrt n. Wolfen. Abfahrt 6.39. Fahrpreisermäßigung. Quartiere besorgt. Sämtl. Mitwirkende (Mandolinen- u. Theaterspieler usw.) müssen zur Stelle sein. Rückf. Sonntagabend. Sonntag: Halbtagstour ins Blaue. Hallmarkt 2 Uhr. Montag: Arbeitsgemeinschaft im Heim.

Kommun. Kindergruppe. Heim: Rathausstr. 16. Gruppe Nord: Alle Zehnerschaftsführer Sonnabend, d. 20. Mai, nachm. 5 Uhr im Volkspark. Sonntag, den 21. Mai, kein Ausflug. Montag, den 22 Mai: Arbeitsgemeinschaft in den Gruppen Nord u. Zentrum. Abends 7 Uhr, i. „Volkspark": Vorstandssitzung. Die Zehnerschaftsführer sämtlicher Gruppen haben ebenfalls zu erscheinen. Gruppe Süd: Dienstag, den 23. Mai: Arbeitsgemeinschaft.

Sportklub 1909. Vereinslokal: Jänicke, Steinweg 32. Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr. Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Cröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz. Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr. Kinder-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein. Singestunden: Frauenchor: Donnerstag, abds. ½9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

[illegible]leben

Gesangver. Lyra. Sonnabend, d. 20. Mai, abends 8½ Uhr: Singestunde.

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft"!

Trotz täglicher Preiserhöhung gebe ich neu hereingekommenen Posten prima **feldgrauer Hosen,** zu altem Preise Mark 295,— **Drellhosen,** repariert, 2158 Mark 95,— ab. **Reinke,** Leipziger Straße 55, I, am Riebeckplatz.

Auf Kredit verkaufen wir trotz unserer billigen Preise **Herren-Anzüge,** 2143 **Damen-Mäntel, Kleider, Blusen, Damen-Strickjacken, Jumpers.** **Carl Klingler, 11** Leipziger Straße nur 1 Treppe, Eingang Sandberg. **11** Kein Laden, nur 1. Etage

1 Teller Suppe hochfein im Geschmack kostet Ihnen nur zirka 2153 **50 Pfennig** wenn Sie meine Suppen fix und fertig zum Aufkochen verwenden. 1 Paket = 300 Gramm **4 Mark** gibt ca. 8 Teller Suppe.

Kalbsgekröse	1 Pfd.	12
Königsberger Fleck	1 Pfd.	12
Rinderbacken	1 Pfd.	12
Rinderherzen	1 Pfd.	16
Leberwurst lose ohne Darm 1 Pfund Mk.		16

Albert Knäusel.

2148 **Extra-Angebote!** Einsatzhemden 125,00 Makohemden 100,00 Sportvorhemden mit Kragen 35,00 Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2. Eine Treppe. Eing. Sternstr.

Die billigste Bezugsquelle in **Arbeits- und Stoffhosen,** lang und Breeches. **Reinke,** Leipziger Str. 55 I. am Riebeckplatz. 2159

Solange der Vorrat noch reicht: **Herren-Anzüge** 475 u. 675 Mk. **Kostümröcke** mit Falten und Knopfgarnitur, 125 Mk. 2150 **L. Trabert** Kl. Ulrichstraße 5.

Jugendschriften, Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in ½ Std. unter Garantie Flöhe, Brut, b. Mensch u. Tier m. „Riesolda", ges. gesch. Mitt. 100000 mal bewährt. Verk.: Schurig, Steinweg 10

Wir suchen zu kaufen: Alte Jahrgänge der Neuen Zeit zu Bibliothekszwecken. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossen, ehe sie Bücher veräußern, sie uns zwecks Ankauf anzubieten. **Die Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.**

Werbt für den „Klassenkampf"

Schacht- u. Gruben-Hemden 89,50 solange Vorrat. **Wäsche-** 2160 **u. Wollwarenlager, Gr. Ulrichstraße 25,** Ecke Jägergasse.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite. Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Eiweiss-Kakao! In allen einschlägigen Geschäften zu haben. *342 Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, 2. Gebäude. Fernruf 4841. Georg Gebhardt & Co. Halle (Saale).

Hohes Einkommen ist Ihnen sicher, durch Selbstfabrikation und Vertrieb unseres erstkl. **Massenartikels** als Beruf oder als Nebenbeschäftigung. Interessenten, die 500 Mk. bar besitzen, erhalten kostenlos bei Einsendung von 3 Mk. Auskunft von *424 **Ernst Funke, Zeitz.**

Karl Radek. **Genua.** Die Einheitsfront des Proletariates und die Kommunistische Internationale. Zweite erweiterte Auflage. Preis: 3.50 Mk. Zu beziehen durch die **Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,** e. G. m. b. H., Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, und deren Filialen. F

Zeitungsträger für Gräfenhainichen per 1. Juni gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen Wilhelm Hartmann, Gräfenhainichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

37] Roman von Upton Sinclair

Elftes Buch: Die Folterkammer

I

Thyrsis kehrte gebrochen heim, erschöpft, im Herzen schwarze Verzweiflung, Bitterkeit und Verzagtheit. Er traf Corydon im Park, und sie lauschte blaß und entsetzt seiner Erzählung.

„Was wirst du nun tun?" flüsterte sie, und er erwiderte stumpf: „Ich weiß es nicht, weiß nicht."

Sie sah, in welch schrecklichem Zustande er sich befand und wagte nicht, von ihrem eigenen Kummer zu reden, biß sich auf die Lippen, schluckte die Tränen herunter. „Das ist mein Leben," dachte sie bei sich. „Ich muß es ertragen, das ist alles."

Er durfte nicht einmal lange bei ihr verweilen, hatte nicht Zeit, sich seinem Schmerze hinzugeben. Sein letztes Geld war fort, er hatte Schulden, hatte der Frau, bei der er zu speisen pflegte, bereits seit Wochen nichts gezahlt.

Die Zeit verfloß, und noch immer zeigte sich nirgends ein Untergrund des Lebens. Er aß in einer typischen billigen Pension, wo sich die Sklaven der Geschäftswelt einfanden; es war ein Heim der Armseligkeit und Häßlichkeit. Thyrsis schienen die Leute, denen er hier begegnete, ausgewählte Typen von dem zu sein, was er auf dieser Welt am meisten haßte. Es gab hier einen jungen Mann, der bei einem Makler Schreiber war, dessen Reden sich nur mit Spekulationen beschäftigten und der ohne ehrliche Arbeit seinen Lebensunterhalt erwarb. Am Tisch saß auch der grauhaarige Buchhalter eines Riesentrusts; er hätte auf die gewaltige Ausbeutungsmaschine nicht stolzer sein, ihre Opfer nicht grimmiger verachten können, wäre er der Direktor oder der Eigentümer gewesen. Neben ihm saß ein junger Student der Theologie, der gierig nach dem Kuchenteller griff und für Thyrsis alle Heuchelei und alle Vulgarität der Kirche verkörperte. Dann gab es noch den Kommis aus einem Schnittwarengeschäft, der buntschillernde Krawatten trug und abends auf der Straße den Lebemann spielte, den rotgesichtigen Irländer, der unheimlich große, blütenweiße Manschetten zeigte, für irgendeine politische Organisation arbeitete und von ihr unentwegt sprach. Dreimal täglich saß Thyrsis stumm, gequält unter diesen Menschen. Er fühlte sich derart einsam, daß er schließlich mit etlichen der jüngeren Männer zu reden begann. Eine der Zerstreuungen ihres grausam öden und grauen Lebens war das Kartenspiel, und sie forderten Thyrsis auf, sich ihnen dabei anzuschließen. Zum ersten Male in seinem Leben erfuhr nun Thyrsis, was es bedeutet, seine Seele in die Hand der Glücksgöttin zu legen. Von acht Uhr abends bis zwei Uhr morgens hockte er in einer engen, von Tabakrauch erfüllten Stube, versuchte vergeblich die zwei verlorenen Dollars zurückzugewinnen; glühte, zitterte vor Erregung, haßte sich selbst mit qualvollem, bitterem Hasse. So entdeckte er sein Laster: in ihm lebte die Seele eines Spielers!

Den ganzen Winter mußte er damit ringen. Müde und traurig kam er zum Essen, wurde aufgefordert, mitzuspielen, und er — der Mann, der in seinem Herzen eine Botschaft für die Menschheit trug — gab nach. Dreimal stürzte er in den Schlamm. Diese Erfahrung machte aus ihm einen demütigeren, gütigeren Menschen, einen, der begriff, wie sehr die Armut erniedrigen kann, wie rasch und unerbittlich eine böse Leidenschaft die Seele in ihren Bann schlägt.

II

Vor Corydon verbarg er diese schmachvolle Schwäche; er wich ihr aus. Endlich kam ein langer Brief von ihr; auch Corydon mußte anscheinend schwere Zeiten durchleben.

„Ich schreibe in Eile, will den Brief zur Post tragen, bevor mein Entschluß wieder schwankend wird. Ich brauche Deine Hilfe. Ich schicke Dir einen langen Brief, den ich vor unserer Heirat an Dich schrieb und niemals ablandte. Bitte, lies den Brief."

Thyrsis las den Brief, es war ein Schrei der Qual und der Angst, er enthielt zögernde, verschreckte Einleitungsworte:

„Ich liebe Dich an, mit mir Geduld zu haben und mich, wenn Du dies gelesen hast, noch zu lieben, wenn es Dir möglich ist. Ich ringe nach Mut, um Dir etwas zu schreiben, das so niedrig und gemein, so dumm ist, daß ich bisweilen entsetzt davor zurückschreck, mich für eine verlorene Seele halte, glaube, Du würdest, wüßtest Du darum, meinen, ich sei verrückt. Dies diese Worte mit Geduld, jedes bedeutet für mich Qual und Demütigung. Mir ist es, als zerierte ich mich selbst.

Als ich vor etwa acht Jahren einmal krank war, wähnte ich im Fieberdelirium, unter meinem Bette stehe ein Sarg. Dieser Gedanke umkrallte mich gleich einem Gespenst, ich konnte nicht in die Nähe eines Bettes gehen, ohne die gleichen Empfindungen zu haben. Ich kann Dir nicht schildern, wie furchtbar ich darunter litt, in welche Abgründe von Angst und Schwermut ich stürzte. Heute begreife ich nicht, wie sich ein Mensch selbst so zu quälen vermag. Doch ist das noch nicht alles, sei barmherzig.

Als ich sechzehn Jahre zählte und nicht die Hochschule besuchen durfte, verbrachte ich einen Winter in traurigen Brüten versunken; damals kam der alte Alpdruck wieder. Er deuchte mich so kindisch, so wahnsinnig, daß ich nicht begriff, wie er über mich eine so große Macht gewinnen konnte. Ich fuhr fort, mich mit diesem krankhaften Wahne zu quälen. Als ich älter wurde, wurde meine Furcht geringer, die Schwermut aber größer. Es schien mir, als habe ich selbst ein Gespenst gezeugt. Vor einem Jahre sah ich auf einem Bretterzaun ein hingekritzeltes obszönes Wort, und nun folterte mich die Angst, es werde mich verfolgen, ich werde nur mehr an derartiges denken können. Wenn mich bloße Gedanken so zu terrorisieren vermögen, wie kann ich ihnen entkommen? Wie ich dagegen kämpfe, mir einzureden versuchte, ich sei ebenso normal wie andere Leute! All dies machte meine Sehnsucht nach Schönheit nur noch heftiger, verstärkte meine Schwermut. Auch diesen Sommer suchten mich solche Empfindungen heim, freilich schwächer, doch erschreckten sie mich doppelt, da ich nun daran dachte, was Du wohl fühlen würdest, wenn Du wüßtest, daß ich eine Beute derartiger Gedanken sei.

Seit den letzten drei Tagen quäle ich mich abermals damit, frage mich verzweifelt, was mir eigentlich fehlt, ob es für mich keine Hoffnung gibt? Schließlich ertrug ich es nicht länger, beichte Dir alles zu gestehen. Dann aber dachte ich, nein, er wird mich nicht mehr lieben können, wird glauben, ich gehöre in ein Irrenhaus. Weshalb hat mich dieser Fluch getroffen? Manchmal wage ich zu hoffen, Du würdest über meine Beichte lachen, mich bedauern, meine Hand ergreifen und sagen: Du sollst die ersehnte Schönheit finden, armes, verirrtes, kleines Geschöpf.

Mein Gott, zu denken, daß ich jemals so niedrig war. Ich bin wie betäubt bei dem Gedanken, daß ich gewagt habe, Dir alles zu schreiben. Ich glaube, ich habe in meinem kurzen Leben die Sünden vieler Seelen abgebüßt."

III

So lautete der alte Brief. Im neuen schrieb Corydon: „Du darfst nicht glauben, daß ich Dir dieses Schreiben nicht sandte, weil ich Angst hatte, oder weil ich Deiner Liebe nicht genügend vertraute. Ich glaubte bloß, ich vermöchte diese Dinge zu besiegen, es sei schwach und verächtlich von mir, tue ich es nicht. Heute schicke ich Dir diesen Brief, weil es mir nicht gelang. Ich bin eine erwachsene Frau und dennoch ... Die ganze Sache ist so kompliziert, ich kann ihr Ende nicht finden. Ich schüttle die Angst vor einem furchtbaren Gedanken ab, aber die Angst vor der Angst bleibt zurück. Und mit ihr ein Gefühl der Beschämung, weil ich überhaupt eine solche Angst empfinden kann. Am liebsten zerrisse ich diesen Brief, verscheuchte die Gespenster aus meinem Geiste. Doch muß ich gegen Dich offen sein; Schweigen und Einsamkeit nähren den Alpdruck. Wäre ich bei Dir, glücklich und beschäftigt, so hätten derartige Gedanken keine Macht über mich. Ich will Dir Deine Aufgabe nicht erschweren, aber Thyrsis, es ist entsetzlich, nichts anderes zu tun zu haben, als warten, warten, warten! Das Baby weckt mich nachts auf, ich liege viele Stunden schlaflos, dann kommen die Gespenster. Ich bin nicht verrückt, wiederhole es mir stets von neuem: ich bin nicht verrückt. Meine Lebensbedingungen allein sind es, die Schwermut und Verzweiflung erzeugen. Und so war mein Leben vom Anfang an. Welch hoffnungsvolles, fröhliches Geschöpf hätte ich sein können, wären mir als Mädchen Möglichkeiten vergönnt gewesen. Dies weiß ich bestimmt, hilf mir, daran zu glauben."

Thyrsis war über diesen Brief weniger erstaunt, als Corydon erwartet hatte, doch erschütterte es ihn, zu sehen, wie sehr sie ihren Gedanken ausgeliefert war. Hatte ihr Geist tatsächlich einen Mangel? Doch dachte er ihr diesen Zweifel nicht verraten, mußte ihre Sorgen verlachen.

Er traf sie im Park, halb verrückt vor Kummer. Als sie jedoch entdeckte, er liebe sie noch immer, war sie voller Dankbarkeit.

„Wie lächerlich, Liebste," sagte er, „sich solcher Gedanken zu schämen! Wenn häßliche Dinge existieren, müssen wir doch von ihnen erfahren und wissen! Weshalb uns entsetzen, weil wir sie in unserem Geiste finden?"

„Aber all dies ist so abscheulich!"

„Ja, aber inwiefern vermögen sie dir zu schaden? Können sie deinen Charakter beeinflussen? Du mußt dir sagen, das Ganze ist ein Ergebnis der Formation deiner Gehirnzellen."

Thyrsis redete weiter, zwang sie zu dem Versprechen, ihm ohne Angst und Scham all ihre Gedanken zu bekennen. Nun kam sie fast täglich mit neuen Kümmernissen. Um ihr helfen zu können, studierte Thyrsis psychoanalytische Abhandlungen.

(Fortsetzung folgt.)

Mittagsrast der Arbeiter

Sie trinken tief den stillen Augenblick,
ihre Seelen sind noch stahlbeladen,
mit Oel erfüllt und zähen, trüben Schwaden . . .
Kurz schweigt das Räderstoßen der Fabrik.

Nun kauern sie im müden Selbstvergessen
am kargen Rasen, sonnengoldbeschienen,
und bangend harren ihre welken Mienen
der gellenden Befehle steiler Essen,
der Stimme, die den kargen Traum zerreißt
und häßlich heult wie schriller, schlimmer Hohn,
sie in den Rädertanz gebietend reißt
zu willenloser, weller, toter Fron.

Da gellt der Schrei — sie strömen ins Gebäude,
verlieren sich im dumpfen, weiten Dämmer
und werden eins mit totem Takt der Hämmer
und willenlos der Arbeit Fraß und Beute.

Raubtier, das ihre Seelen roh zerfleischt,
mit tiefen Narben ihre Züge ächtet
und Wolkentraum und Sonnenglast entrechtet
und wahren Lebens Stimme übertreischt.

Karl H. Werner.

Der Mensch und die Produktionsverhältnisse

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche der sozialen Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlichen, treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz: ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an diese Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sie stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsform bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorgewachsenen Antagonismus, aber die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab. —

Aus: Karl Marx „Zur Kritik der politischen Oekonomie."

Der Detektiv-Roman

Von Béla Balajs

Nick-Carter hat sich in New-York eine Kugel durch den Kopf geschossen und nun wird es Aufgabe eines anderen Detektivs sein — (vielleicht Sherlock Holmes, vielleicht Pinkerton, vielleicht Webbs?) — zu erforschen, ob nicht ein geheimnisvolles Verbrechen dahinter steckt? Es ist kein Scherz. Aus New-York wird telegraphiert, daß Kapitän Frederik van R. Dey, Verfasser der weltbekannten Nick-Carter Detektivromane, sich ums Leben gebracht hat.

Warum klingt das so unwahrscheinlich? In diesen Schauerromanen wird doch so viel gemordet. Aber sich selbst tötet man nur in den seltensten Fällen, nur wenn man erlappt wird und dem Gericht nicht mehr entrinnt. Denn in der Welt dieser Detektivgeschichten gibt es keine inneren Konflikte. Starre „Charaktermasken" stehen sich gegenüber: der Verbrecher, der Besitzer, der Polizei-Detektiv, der Untersuchungsrichter. Sie stoßen klappernd aneinander wie Holzmarionetten. Ein innerer Zwiespalt kann da nicht entstehen, denn es sind keine innerlich lebendigen Menschen, sondern blasseste Schemen von Sinngebilden der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft. Der Detektiv sucht nur den Täter des Verbrechens, aber nicht seine Gründe. Er sucht den Täter zu ergreifen. Zu begreifen sucht er ihn nicht.

Der Detektivroman ist die Romantik des Kapitalismus. Der höchste Wert, der heilige Hort, um den da der Kampf geht, ist das Geld, das Eigentum. Das ist hier die „blaue Blume" und der „heilige Gral". Danach strebt der kühne Verbrecher. (Denn Raub und Diebstahl ist die höchste Bejahung des Privateigentums.) Dieser romantische Verbrecher ist nie ein hungriger Proletarier, den äußerste Not zu einem Diebstahl zwingt. (Das hätte einen bitteren Beigeschmack und wäre gar nicht romantisch.) Es ist der elegante Verbrecher im Frack, den wir auch aus den Kinos kennen. Für ihn bedeutet das Geld nicht den Bissen Brot, sondern den romantischen Schatz, den höchsten Wert des Lebens. Der Held des Romans aber ist der Beschützer des Privateigentums: der Detektiv. Der heilige Georg der besitzenden Klasse. Wie in den Gesängen feudalistischer Zeiten die Ritter sich in den Sattel schwangen, für den König zu kämpfen, so wirft sich Nick-Carter und Pinkerton und Webbs ins Auto für den Geldschrank der Reichen, sein Leben aufs Spiel zu setzen.

Und warum kommt das den Bürgern so romantisch vor? — Ja, die Romantik ist etwas typisch Kleinbürgerliches, denn sie bedeutet die Atmosphäre des fremdartigen, sonderbaren, den exotischen Duft der Ferne, das unerhörte und unbegreifliche. Romantik ist die Poesie der Kleinstadt, wo bald etwas ferne und fremd, eigentümlich und unglaublich scheint. Ein Weltfahrer kennt wohl Abenteuer, aber nicht den Geheimnis-Schauer der Romantik. Wo aber die Grenze des Lebens eng gezogen ist, dort bekommt gar vieles die jenseitige Beleuchtung des Romantischen.

Was ist nun die Romantik des Detektivromans? Was ist dort das Ferne, Fremde? Wo wird die Grenze des Natürlichen überschritten? — Die Antwort lautet: Bei der Grenze, die das Strafgesetzbuch zieht. Denn für den Kleinbürger bedeutet Weltordnung und Polizeiordnung dasselbe. Wo diese gestört wird, greift man nicht nur schützend zu den Taschen, sondern schaudernd ans Herz. Denn die Grenze des menschlichen Lebens ist der Polizeiordon. Wo der durchbrochen wird, dort setzt das phantastische, märchenhaft-romantische ein. Und wo man nicht selbst bestohlen wird, . . . ist es schon Poesie.

Und doch! Wie ist es möglich, daß solch eine Schlacke kapitalistisch-kleinbürgerlichen Denkens und Empfindens, auch unter der Arbeiterschaft so große Verbreitung fand? Gründe liegen an der Hand. Detektivromane sind billig und überall zu haben, und wenige sind der billigen guten Bücher. Und doch! Wir suchen noch eine Erklärung. Irgendetwas muß an diesen Büchern sein, warum sie auch der Arbeiter gerne liest.

Es ist ihre Form. Die analytische Form der Detektivromane. Diese Fabeln fangen nämlich alle mit dem Ende an. Eine Leiche wird gefunden, ein Mord ist geschehen und nun führt uns der Detektiv von Spur zu Spur den Weg zurück, bis die ganze Vorgeschichte aufgeklärt ist. An dieser Form ist nicht das Neugiererweckende, das Interessante vor allem bedeutsam. Diese Form bedeutet viel mehr. Sie bedingt eine spezielle Weltanschauung. Die Fabel mag der minderwertigste, geistloseste Ausdruck bourgeoisen Denkens sein, die Form, diese analytische Form, zwingt ihr doch ein Gepräge auf, das an ein anderes Lebensgefühl mahnt.

Denn im Detektivroman ist der Schluß von vornherein gegeben. Als der Weg des Schicksals gezeichnet wird, ist das Ziel schon festgesteckt und immer sichtbar. Dadurch bekommt jedes Ereignis in der Welt dieser Romane seinen klaren, unzweideutigen Sinn und Wert. Alles hat ein Gerichtetsein auf das letzte Ziel. Metallene Fäden ziehen sich von jedem Moment zu dem letzten Augenblick. Und viele Irrtümer kommen dort vor, aber keine Verirrungen. Es kommt vor, daß man etwas für wichtig und wertvoll hält, dessen Unwichtigkeit sich nachher enthüllt. Aber das Hauptmotiv der individualistisch- impressionistischen Romane, daß nämlich Dinge ihren Wert ändern und verlieren, daß sie nicht bloß wichtig schienen, sondern wirklich wichtig waren und mit der Zeit doch unwichtig werden — das ist in einem Detektiv-Romane undenkbar. Die Geschichten mit unbekanntem Schluß haben in jedem ihrer Momente die schwankende Atmosphäre der hundert Möglichkeiten. Das ist der adaequate Ausdruck individualistischen Lebensgefühls. Die analytische Form aber ist der adaequate Ausdruck einer eindeutigen Welt.

Der Detektivroman ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie in der Literatur der Geist des Inhaltes mit dem der Form im Widerspruch stehen kann. Form und Inhalt erwachsen gleichermaßen aus dem Boden wirtschaftlich-sozialer Verhältnisse der Zeit. Doch dieser Boden ist durch die Klassen und ihren Beziehungen zu einander vielfach geschichtet und der Ursprung der Formen ist meist anderswo zu suchen, als der der Inhalte. Oft wird neuer Wein in alten Pokalen serviert. Aber oft gestaltet sich der neue Geist unbewußt (trotz alter Gedanken und Empfindungen) in einer neuen, noch unbegrifflichen Form.

Automobile auf Schienen

In Norwegen ist auf etlichen Staatsbahnstrecken der Versuch gemacht worden, das Automobil im Eisenbahnbetrieb zu benutzen, indem die Staatsbahnverwaltung auf private Anregung an einem großen Lastautomobil Eisenbahnräder anbringen und auf der Kongsvingerbahn Probefahrten ausführen ließ. Zur Anwendung kam ein Opelwagen, der eigens für diesen Zweck konstruiert war; es galt zu ermitteln, ob man so eine billige Zugkraft für leichte Züge auf kurzen Strecken schaffen kann, wo der Verkehr gering ist und sich für den Betrieb mit den schweren Lokomotiven unlohnend stellt. Bei der letzten Probefahrt, die dieser Tage stattfand, war das Automobil mit Eisen als Ballast beladen und hatte einen gewöhnlichen vierachsigen Personenwagen angehängt, der mit Personen besetzt war. Als dieser kleine Zug bei der Rückfahrt von Lillestrøm nach Kristiania eine starke Steigung zu nehmen hatte, vermochte er diese trotz wiederholter Versuche nicht zu überwinden. Die Fahrversuche sollen jedoch noch fortgesetzt werden. In Amerika sind Automobile schon seit längerer Zeit auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Gebrauch und haben sich als betriebssicher und wirtschaftlich vorteilhaft bewährt. Sie dienen für Personen- oder Güterverkehr mit angehängten Wagen, und da die Kraft bei diesen Wagen auf alle vier Räder wirkt, ziehen sie gut und überwinden selbst starke Steigungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220519-18/fragment/page=0008